

Wirtschaft und Ethik: Wie finden sie zusammen?



Öko-faire Textilien: **Mode – zum Ausgehen schön**

Asyl: **Gambia zwischen Hoffen und Bangen**

Inhalt

Wirtschaft und Ethik

- 3 Wirtschaft und Ethik – nur ein schöner Traum?
- 7 Wir legen den Finger in die Wunde
- 8 Schmutzige Geschäfte
- 10 Mit Bibel und Koran gegen den Mammon
- 13 Wir müssen die Unternehmen ins Boot holen
- 16 Die Unternehmen bleiben frei

Mode

- 18 Zum Ausgehen schön

Finanzen

- 20 Staatsschulden sind eine reale Bedrohung
- 22 Gute Bank – schlechte Bank

Forum

- 23 Entwicklungspolitik mit Nadel und Faden

Asyl

- 24 Zwischen Bangen und Hoffen

Service

- 27 Termine
- 28 Aktuelles
- 30 Fairer Handel, Reise
- 31 Das war mein größter Coup

Vorwort



Wie ethisch ist die Ökonomie? Schon die Bibel und der Koran haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Auch Luther setzte sich damit auseinander.

Heute ist diese Fragestellung brisanter denn je. Auf der einen Seite schaffen internationale Unternehmen Arbeitsplätze und damit Wohlstand, auch in den Ländern des Südens. Auf der anderen Seite häufen sich die Skandale: Discounter setzen ihre Zulieferer unter Druck, weshalb Plantagenarbeiter in aller Welt zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen, Unternehmen beuten Rohstoffe aus, wodurch nicht nur der Lebensraum der vor Ort lebenden Menschen zerstört wird, sondern auch Morde an Kritikern in Kauf genommen werden. Vielerorts schufteten sogar Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen.

Angesichts der vielen Missstände verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat im Jahr 2011 die „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ – ein Standard, der Menschenrechtsverletzungen entlang der Lieferkette verhüten bzw. abschaffen soll. Alle Regierungen wurden aufgefordert, die Leitlinien umzusetzen. Im Dezember 2016 verabschiedete die Bundesregierung nun endlich den „Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte“. Das Deutsche Institut für Menschenrechte, das als Berater fungierte, zieht eine enttäuschende Bilanz: Der Aktionsplan sei wenig ambitioniert und löse die Spannung zwischen Verbindlichkeit und Freiwilligkeit nicht auf. Doch: Es gibt auch Beispiele, die Hoffnung machen – wir berichten darüber.

Ihre

Susanne Schnell

Titelfoto: Abschlusskundgebung der Oxfam-Aktion „Spekulanten in die Schranken verweisen“.

Foto: Mike Auerbach

Tes Pilapil Bank-Direktorin

„Obwohl das Land reich an Ressourcen ist, wird der Wohlstand nicht gerecht verteilt“.

Pilapil ist überzeugt, dass ein ethisches Wirtschaftsmodell Marktversagen korrigieren kann.



Wirtschaft und Ethik – ein schöner Traum?

Kann wirtschaftliches Handeln moralisch sein? Wir fragen Menschen, die es wissen müssen

Ich fördere ethisches Wirtschaften

Seit elf Jahren leite ich das Regionalbüro von Oikocredit, einer internationalen Genossenschaft, in Manila. Unsere Mission: das Geld unserer Anleger sinnstiftend in die Wirtschaftskreisläufe in den Philippinen, Vietnam, Kambodscha und Indonesien einzubringen. Angesichts von Taifunen, Vulkanausbrüchen, Erdbeben und einer stark neoliberalen Wirtschaftspolitik ist es speziell in den Philippinen nicht immer einfach. Doch zusammen mit 34 Mikrofinanzpartnern, Genossenschaften und anderen sozialen Unternehmen, ringen wir täglich darum, den Beweis zu erbringen, dass ethisches Wirtschaften auch unter widrigen Bedingungen möglich ist.

Eine essentielle Voraussetzung für eine ethische Wirtschaft sehe ich darin, dass alle Ressourcen einer Gesellschaft nachhaltig genutzt werden: Geld, Produktionsmittel wie Land und Umwelt, Humankapital und Kultur. Genau hier gibt es bei uns ein Problem. Denn obwohl das Land reich an Ressourcen ist, wird der Wohlstand, der erwirtschaftet wird, nicht gerecht verteilt. Ein ethisches Wirtschaftsmodell „korrigiert“ Marktversagen und sorgt dafür, dass speziell den Bedürfnissen von benachteiligten Menschen Rechnung getragen wird. Zudem ist unsere Wirtschaftspolitik nicht inklusiv genug, d. h. obwohl Armutsreduzierung Teil der politischen Strategie ist, werden Wirtschaftsprogramme nicht in Überein-

stimmung mit der pro poor-Agenda implementiert. Gerade für soziale Unternehmen, deren erklärtes Ziel es ist, Armut zu lindern, müsste es Anreize und Unterstützung geben. Insbesondere Genossenschaften oder Vereine, die den Armen ganz oder zumindest teilweise gehören, sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, die mit ihrem Erlös ausschließlich ihre soziale Mission finanzieren, müssten gefördert werden. Genau hierauf achtet Oikocredit. Zunächst, wenn wir unsere Partner auswählen und dann auch während der Zusammenarbeit. Wir sehen täglich wie wichtig es ist, dass arme Menschen, vor allem auch Frauen, befähigt werden, Führungsrollen in sozialen Unternehmen zu übernehmen und aktiv die Entwicklung in Gemeinden und in der Gesellschaft zu gestalten.

■ Tes Pilapil, Oikocredit-Direktorin Regionalbüro Südostasien, Manila

Es gibt Lichtblicke

Eine ethische Wirtschaft wäre möglich! Ich arbeite nun schon rund zehn Jahre im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Dabei dränge ich Vertreter der Kommunen und Kirchen, beim Einkauf auf eine verantwortliche Produktion entlang der Lieferkette zu achten. Das betrifft Polizeiuniformen genauso wie Arbeitshosen für die Stadtgärtnerei, Bälle für die Kitas und Kaffee für die Rathäuser. Durch die großen Einkaufsvolumina haben öffentliche Hand und Kirchen eine große Marktmacht und könnten viel bewegen. Es ärgert mich, dass sinnvolle Verwaltungsvorschriften und kommunale Beschlüsse allzu oft nur Papiertiger sind.

Aber es gibt auch Lichtblicke. Die Stadt Ellwangen hat trotz höherer Preise ihren Marktplatz mit Pfraundorfer



Uta Umpfenbach Referentin für nachhaltige Beschaffung

„Es ärgert mich, dass sinnvolle Verwaltungsvorschriften und Beschlüsse von Kommunen allzu oft Papiertiger bleiben.“

Eine Freude für Uta Umpfenbach: Mitarbeiter des Fellbacher Bauhofs tragen nachhaltig produzierte Arbeitskleidung.



Dolomit aus dem Altmühltal gepflastert und damit Steine verwendet, die frei sind von Kinderarbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fellbacher Bauhofes tragen jetzt Arbeitshosen und Jacken aus verantwortlicher Produktion. Hoch erfreut war ich, als wir im Tagungshaus Michaelsberg Clebronn tagten und die dortigen Mitarbeiterinnen Poloshirts aus Fairem Handel trugen.

Im Jahr 2015 hatten wir den Einkäufer für die Tagungshäuser der Diözese Rottenburg-Stuttgart zum nachhaltigen Einkauf beraten. Inzwischen wird in den dreizehn Häusern mit Reis und Gewürzen aus Fairem Handel gekocht, die Übernachtungsgäste finden als Betthupferl faire Mangoäffchen auf ihrem Kopfkissen. Und die Servicekräfte des Hauses erkennt man an Poloshirts mit dem Logo „Die Tagungshäuser“, produziert nach den Kriterien des Fairen Handels. Die kirchliche Einrichtung wollte nach ethischen Kriterien einkaufen und war bereit, den höheren Preis zu zahlen. Ich wünsche mir jeden Tag einen solchen Lichtblick!

■ *Uta Umpfenbach, Referentin für nachhaltige Beschaffung, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB*

Eine andere Welt ist möglich

Vor mehr als 25 Jahren hatten Maria Mies, Soziologieprofessorin, und Vandana Shiva, Physikerin und Trägerin des alternativen Nobelpreises, in ihrem Buch „Ökofeminismus“ bereits die dramatischen Auswirkungen von „Profitgier und grenzenlosem Wirtschaftswachstum auf einem begrenzten Planeten“ beschrieben. Und in ihrer vor kurzem komplett überarbeiteten Zweitauflage stellten sie ernüchtert fest, dass sich die dargestellten Probleme massiv verschlimmert haben. Denn das „grenzenlose Wachstum ist ohne Gewalt gegen die Natur, gegen Frauen und fremde Völker nicht zu haben“. Solange aber an dem Dogma des herrschenden Industriesystems mit all seinen lebensbedrohlichen Auswüchsen wie beispielsweise der

Entwicklung und dem Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut nicht gerüttelt wird, kann von ethischem Wirtschaften allenfalls in Nischen gesprochen werden. Doch die beiden Autorinnen haben die Hoffnung nicht aufgegeben, dass eine „nicht ausbeuterische Beziehung zur Natur hergestellt und die zwischenmenschlichen Beziehungen vor allem zwischen Männern und Frauen verändert werden“ können. Denn viele „feministische, ökologische und indigene Bewegungen sind dabei, ein neues Paradigma des Wissens zu schaffen, das auf Beziehungen beruht, auf lebendigen Systemen, auf Selbstorganisation und Vielfalt statt auf externer Kontrolle und Herrschaft“. Die Idee, „eine andere Welt ist möglich“, tragen auch in Stuttgart Menschen aus dem bisherigen Team des Stuttgart Open Fair weiter und organisieren Ende März eine Transformationstagung (www.transformationstagung.org). Gemeinsam mit internationalen Gästen wollen wir Wege diskutieren, die zu einer nachhaltigen und sozial gerechten Weltgesellschaft führen können. Dabei soll es nicht um fertige Rezepte, sondern eher um erforderliche Fähigkeiten in transformativen Gesellschaftsprozessen gehen. Denn „eine echte Transformation kann mitgestaltet, aber nicht geplant werden“. Wer für das neue Paradigma des Wissens weitere Netzwerk-Knoten knüpfen will, ist herzlich zur Tagung eingeladen!

■ *Peter Streiff, Journalist, arbeitete mehrere Jahre im Organisationsteam von Stuttgart Open Fair*

Transaktionen müssen für alle vorteilhaft sein

Wirtschaft hat in der Öffentlichkeit nicht unbedingt den besten Ruf. Immer wieder ist der Vorwurf zu vernehmen, dass Marktlogiken, Wettbewerb und unternehmerisches Gewinnstreben im Widerspruch zu moralischen Idealen wie Solidarität, Gerechtigkeit oder Fairness stehen.



Peter Streiff Journalist

Der Stuttgarter Journalist ist der Meinung: Eine andere Welt ist möglich. Mit seinem Engagement möchte er Zeichen setzen.



Nick Lin-Hi Professor für Wirtschaft und Ethik

„Die Marktwirtschaft ist das einzig bisher bekannte System, bei dem die Aussicht darauf besteht, dass 7,4 Milliarden Menschen mit lebensnotwendigen Gütern versorgt werden“.

Es kann daher wenig verwundern, dass Wirtschaft und Ethik für viele Menschen nur schwer zusammengehen. Ein Grund für die tendenziell negative Wahrnehmung der Wirtschaft liegt in vorherrschenden Moralvorstellungen. Es ist ein Erbe der Kantischen Ethik, dass einer Handlung ihr moralischer Wert abgesprochen wird, wenn sie durch Eigeninteresse motiviert ist. Dies bedingt die weit verbreitete Vorstellung, Moral und Eigeninteresse seien zwei entgegengesetzte Pole. Da eigeninteressierte Verhaltensweisen zur Grundlogik der Wirtschaft gehören, ist es die logische Konsequenz dieser Vorstellung, dass Wirtschaft nur schwerlich etwas mit Ethik zu tun haben kann. Eine solche Sichtweise verschließt allerdings die Chance, Wirtschaft als Möglichkeit zu begreifen, gesellschaftliche Interessen zu befördern. Anstatt Wirtschaft und Ethik gegeneinander auszuspielen erscheint es daher zielführender, zu fragen, wie sich durch wirtschaftliche Logiken moralische Ideale realisieren lassen.

Ein Programm, welches Wirtschaft und Ethik füreinander fruchtbar macht, berücksichtigt, dass Wirtschaft, bzw. präziser formuliert die Marktwirtschaft, das Fundament für gesellschaftlichen Wohlstand darstellt. Die Marktwirtschaft ist das einzig bisher bekannte System, bei dem überhaupt die Aussicht darauf besteht, dass 7,4 Milliarden Menschen mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen versorgt werden. Zudem werden im Rahmen von wirtschaftlichen Prozessen auf globaler Ebene Arbeitsteilungen organisiert und es werden immer mehr Menschen in Wertschöpfungsprozesse eingebunden. Letzteres führt nicht nur dazu, dass Menschen der Armut entkommen können, sondern befördert auch Freiheit und Frieden in der Gesellschaft. Vor dem Hintergrund der zunehmend rechtspopulistischen Tendenzen sind diese Zusammenhänge in besonderer Weise präsent zu halten. Wirtschaft ist ein System, welches die gesellschaftliche Zusammenarbeit auf globaler Ebene fördert. Sie ist damit ein gesellschaftlicher Vermögenswert.

Indes bedeutet die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht, dass jede Handlung moralisch legitim ist. Ganz im Gegenteil, gerade weil die Wirtschaft

Freiheiten eröffnet, bestehen immer auch Möglichkeiten, diese zu missbrauchen. Es bedarf daher Führungskräfte, welche sicherstellen, dass wirtschaftliche Vorteile nicht zu Lasten Dritter realisiert werden. Verantwortliche Führungskräfte wissen darum, dass es im aufgeklärten Eigeninteresse ist, wenn wirtschaftliche Transaktionen für beide Seiten vorteilhaft sind. So führt beispielsweise ein respektvoller, fairer Umgang mit Mitarbeitenden üblicherweise dazu, dass diese über eine höhere Motivation und Arbeitszufriedenheit verfügen, was sich wiederum positiv auf ihre Leistungsfähigkeit auswirkt. Auch bringt ein kooperativer Ansatz mit Lieferanten in Schwellen- und Entwicklungsländern langfristig Vorteile, da etwa innovative Problemlösungen möglich werden und sich Abstimmungsprozesse vereinfachen lassen.

Weitsichtige Führungskräfte wissen zudem, dass Wirtschaft langfristig nur dann gut funktionieren kann, wenn es eine gute und verlässliche Rahmenordnung gibt. Eine solche Rahmenordnung stellt sicher, dass unmoralische Verhaltensweisen sich nicht auszahlen. Vor dem Hintergrund, dass die Steuerungsfähigkeit von Nationalstaaten in der globalen Gesellschaft begrenzt ist, müssen Wirtschaftsakteure heute selbst an der Etablierung von Regeln mitwirken, die sicherstellen, dass verantwortliches Wirtschaften nicht zu Wettbewerbsnachteilen führt. Es geht also um die Schaffung eines Level Playing Fields, bei dem nicht schlechte Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards zu den Erfolgsfaktoren zählen, sondern wirtschaftlicher Erfolg durch Faktoren wie Produktqualität, gute Mitarbeiterführung und Innovationsfähigkeit bedingt wird. Zweifelsfrei ist die Wirtschaft nicht perfekt und bisweilen bedeutet sie für den Einzelnen erhebliche Zumutungen. Gleichwohl ist dies in Anbetracht ihrer gesellschaftlichen Beiträge kein Grund, die Wirtschaft per se aus ethischen Überlegungen infrage zu stellen. Es gilt aber, permanent nach neuen Möglichkeiten zu suchen, die ethische Dimension der Wirtschaft zu stärken.

■ Prof. Dr. Nick Lin-Hi, Universität Vechta,
Professur für Wirtschaft und Ethik

Wir legen den Finger in die Wunde

Über die Stärken der Weltläden im Geflecht der internationalen Wirtschaft. Ein Essay

Der Weltladen ist der Ort, wo Wirtschaft und Ethik auf eine Weise aufeinandertreffen, wie man es sonst nirgendwo erlebt. Es ist ein Ort, wo Menschen agieren, die den Idealen der Wirtschaft wie Wachstum, Effizienz und Profit, fundamentale Werte entgegensetzen – Fairness, Würde, Gleichberechtigung. Innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems agieren überall Menschen mit ihren Idealen und Wertvorstellungen, in globalen Konzernen ebenso wie in dynamischen Start-ups, im Kiosk um die Ecke ebenso wie im Supermarkt, in der Vorstandsetage ebenso wie in der Werkskantine. Der Unterschied zum Weltladen liegt in den Zielen und Strukturen dieser Unternehmen. Es gibt in vielen Bereichen Menschen, denen Menschlichkeit über Profit geht, aber der Weltladen ist einer der wenigen Orte, wo dies den Grundkonsens und den Ausgangspunkt allen Handelns darstellt.

Fortschritte durch Kapitalismus

Ein profitorientiertes Unternehmen in der Wirtschaft muss mehr Kapital einnehmen als es einsetzt, ansonsten verschwindet es über kurz oder lang vom Markt. Diesem Grundsatz muss sich jeder Akteur stellen, der ein Wirtschaftsunternehmen betreibt. Es gelten unzählige Regeln und Gesetze, die dafür sorgen, dass der Markt funktioniert und seine Früchte zwar nicht gleichmäßig, aber doch auch nicht rein nach dem Gesetz des Stärkeren verteilt werden – man denke an Kartellgesetze, Steuergesetze und Handelsgesetze. Diese Art der Steuerung und Koordination menschlichen Handelns in einem Netz von Regeln, Absprachen und Verträgen hat großen Reichtum und gewaltigen technologischen Fortschritt mit sich gebracht. Es kann diesem System nicht abgesprochen werden, dass es Wirtschaftswachstum, Warenverfügbarkeit und Reichtum in nie gekannte Höhen getrieben hat. Dem Durchschnittsverdiener in industrialisierten Ländern stehen heute Waren und Lebensmittel zur Verfügung, die in früheren Zeiten unerschwingliche Luxusgüter waren. Alles wäre also wunderbar, wären da nicht schreckliche Nebenfolgen: was dieses Wirtschaftssystem aus den Menschen macht, was es mit der Natur macht, wie dieses System Menschen verhungern lässt. Was es aus den Menschen macht, ist am schwierigsten zu fassen und zu kritisieren. Es ist schwer zu entscheiden, ob

die zu beobachtende Gier von dieser Art der Wirtschaft geschaffen wird oder ob diese Art des Wirtschaftssystems eher das Ergebnis der ohnehin vorhandenen Gier ist. Aber es stimmt schon nachdenklich, dass in den materiell gesättigten Gesellschaften die Steigerung von Reichtum, Technologie und Macht immer noch weit oben auf der Prioritätenliste steht, dass es immer noch in großem Ausmaß um das Streben nach Gütern und deren Perfektionierung, nach einem von noch mehr Konsum geprägten Lebensstil geht. Das Streben nach sinnstiftenden Formen der Lebensgestaltung, nach Förderung des Gemeinwohls und der ausgleichenden Gerechtigkeit, steht dagegen oft im Hintergrund – auch wenn die neu belebte und entstehende Zivilgesellschaft hier immer wieder gegenläufige Akzente zu setzen vermag – als Schlagworte seien genannt: Gemeinwohlökonomie, Nachhaltigkeit, Grundeinkommen, Permakultur usw. Die Weltladen-Bewegung ist hier keine neue Modeerscheinung und kann wohl eher als Vorreiter und Wegbereiter eingestuft werden.

Es ist beschämend, auf welche Weise unsere Luxusgüter produziert werden

Was das kapitalistische System aus der Natur macht, nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Da ist das millionenfache Leid von Tieren, die wie Waren behandelt und gequält werden. Da ist die Vermüllung der Ozeane, die Abholzung der Regenwälder, das Artensterben, der Klimawandel. Wo es darum geht, dass Erträge höher sein müssen als die Kosten, dort werden Kosten um jeden Preis, auch um den Preis der Umweltzerstörung, externalisiert, also schlicht nicht bezahlt, wenn niemand in der Lage ist, die Rechnung zu präsentieren. Auch hier gibt es zahlreiche Gegenbewegungen, die es wie der Faire Han-

Weltladen an der Planie: Leiterin Margret Eder stellt Burundi-Kaffee gemeinsam mit Produzenten und dwp-Geschäftsführer vor.





Gerechte Löhne, Empowerment der Partner, Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit – diese und weitere Faktoren kennzeichnen den Fairen Handel.

del noch nicht geschafft haben, Mainstream, also allgemein geteilte Grundhaltung, zu werden.

Der große Skandal ist, dass dieses Wirtschaftssystem Menschen verhungern lässt. Es werden weltweit genügend Nahrungsmittel produziert, das ist nicht das Problem. Wirtschaft bedeutet aber, dass Waren gehandelt werden. Wo kein Geld, da keine Waren und allzu oft auch keine Lebensmittel. Die Ursachen sind komplex, die Schuldigen zu suchen ist müßig. Dieses Thema hat keine auch nur annähernd angemessene Bedeutung in der Öffentlichkeit, es werden keine ausreichenden Konsequenzen gezogen und ein grundlegender Politikwechsel lässt seit vielen Jahren auf sich warten. Dem Ganzen wird die Krone aufgesetzt, wenn wir mit den Menschen aus den ärmsten Ländern Handel treiben, für unseren angenehmen Lebenswandel Konsumgüter von dort beziehen – und dann nicht dafür sorgen, dass die Menschen dort unter menschenwürdigen Bedingungen produzieren und von ihrer Hände Arbeit leben können.

Man kann sich meinerwegen darüber streiten, ob es eine moralische Verantwortung für die Situation in weit entfernten Ländern gibt, aber man kann sich nicht mehr darüber streiten, ob das der Fall ist, wenn wir in direkten Handelsbeziehungen stehen. Es ist schlicht beschämend, unter welchen Bedingungen Waren für unseren Luxus hergestellt werden und in welchem Ausmaß dies geschieht. Es ist beschämend, wie gut es den westlichen Gesellschaften gelingt, die Augen davor zu verschließen. Hier liegt die Bedeutung der Weltläden und der Fairhandels-Bewegung, die den Finger immer wieder in die Wunde legen und die zeigen, dass es auch ganz anders gehen

kann und dass es dazu gar nicht viel mehr braucht als guten Willen und Durchhaltevermögen. Für einen grundlegenden Wandel hat das bisher nicht gereicht.

Wären sich mehr Menschen dieser Zusammenhänge bewusst und wären mehr in der Lage, das Gefühl der Ohnmacht angesichts der Komplexität und des Ausmaßes der Probleme zurückzudrängen, so würde doch alles Menschenmögliche versucht werden, um diese ungeheuren Fehlentwicklungen und alles damit verbundene Leid zu beenden. Es gibt auch hier Fortschritte, das sollte man nicht vergessen, aber das absolute Niveau insbesondere hinsichtlich des Welthungers ist noch immer unerträglich. Stattdessen wird die Idee der Nation in vielen Teilen der Erde wiederbelebt und findet wieder mehr begeisterte Anhänger: Ein probates Mittel um zu vergessen, dass wir alle Menschen auf einem Planeten sind. Würden die westlichen Gesellschaften mit dem gleichen Einsatz, mit dem sie die Reinigungskraft von Waschmitteln erhöhen, Plastikfolien reißfester machen oder Häuser mit Fernsteuerungen ausrüsten daran arbeiten, das Leid anderer Menschen zu beenden, die Umwelt zu erhalten und die wirklich menschlichen Qualitäten zu fördern – die Welt wäre eine andere.

Die Vision

Von dieser Welt träumen viele Aktive in den Weltläden und bilden eine der vielen kleinen Oasen im kapitalistischen System. Die Weltläden sind kein Wirtschaftsfaktor, der für das Gesamtsystem eine tragende Rolle spielt. Aber der Faire Handel hat doch bemerkenswerte Fortschritte erzielt, die Hoffnung zulassen. Die Weltläden sind die Keimzelle dieser Bewegung, aber sie müssen sich neu erfinden, um zu neuer Wirksamkeit zu kommen. Es geht dabei nicht nur um Wirtschaftskraft, aber auch. Was es braucht, ist aus meiner Sicht eine neue Wirksamkeit bei der Verwirklichung dieser Vision.



■ Steffen Weber, seit November 2016 Geschäftsführer des Weltladen-Dachverbands, studierte Philosophie, Psychologie und Soziologie. Er arbeitete als Organisationsentwickler und im Marketing in einem weltweit agierenden Konzern ebenso wie in einem Entwicklungsprojekt auf den Philippinen.

Schmutzige Geschäfte

Auch deutsche Unternehmen machen sich mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen in fernen Ländern. Das Beispiel Kohle

Das Jahr 2017 war erst wenige Tage alt, als Aldemar Parra ermordet wurde. Parra war Mitglied der Gemeinde El Hatillo, Kolumbien, deren Bewohner, eingeklemt von Kohlegruben der Unternehmen Drummond (USA), Prodeco/Glencore (Schweiz) und CNR (USA), seit sechs Jahren auf eine Umsiedlung in Würde warten. Die Verhandlungen mit den Bergbaukonzernen sind zermürend. Zu den üblichen Unterbrechungen und Verzögerungen kamen in den letzten Monaten immer häufiger Drohungen gegen führende Gemeindeglieder. Der Mord an Aldemar Parra war der traurige Höhepunkt.

Das Geschehen weckt Erinnerungen an die Jahre zwischen 1996 und 2006. Damals terrorisierten paramilitärische Einheiten die Region. Tausende Menschen wurden getötet. Etliche der ehemaligen Kämpfer und Kom-

mandanten der „Paras“ haben unter Eid über die damaligen Verbrechen ausgesagt und sowohl Drummond als auch Prodeco/Glencore schwer belastet. Die Unternehmen sollen die Paramilitärs finanziell und logistisch massiv unterstützt haben. Während die Opfer bis heute auf Anerkennung, Gerechtigkeit und die Rückgabe ihrer Ländereien warten, weisen Drummond und Prodeco/Glencore die Vorwürfe zurück und zeigen kein Interesse an einer ernsthaften Aufarbeitung. Auch die EnBW, die Kohle aus der Region bezieht, sieht trotz der für kolumbianische Verhältnisse fast schon einmaligen Aussageflut keinen Handlungsbedarf. Solange keine gravierenden (und belegbaren) Verstöße gegen die eigenen Verhaltensgrundsätze vorlägen, stünde die Zusammenarbeit mit diesen Firmen nicht zur Disposition.

Mord ist kein Einzelfall

Dies wirft Fragen auf. Wie „gravierend“ müssen Verstöße sein, bis sie gegen die Verhaltensgrundsätze verstoßen? Wie sind Verstöße „belegbar“ in einem Land, in dem nach Aussage der deutschen Bundesre-

gierung die Straflosigkeit bei über 97 Prozent liegt, d. h. Gewalttäter nur selten ermittelt und verurteilt werden? Die EnBW muss zu dem Ergebnis gekommen sein, dass die Vorwürfe haltlos sind, sonst wäre ein „Weiter so“ schwer zu rechtfertigen. Aber wie sah die Prüfung aus, die zu diesem Ergebnis führte? Oder wurden die Bedenken aufgrund der spottbilligen Steinkohle von Drummond und Prodeco/Glencore aus wirtschaftlichen Gründen beiseite geschoben?

Der Mord an Aldemar Parra ist kein Einzelfall. Im September 2016 wurde Néstor Martínez erschossen - er hatte sich kritisch zu Expansionsplänen von Drummond geäußert. Zwar ist unklar, wer hinter den beiden Morden steckt, aber unstrittig ist, dass solche Übergriffe einen paralysierenden Effekt auf sämtliche Gegner des Kohlebergbaus haben. Für die Betroffenen wäre eine klare Positionierung der Kohlekonzerne, aber auch ihrer Geschäftspartner in Europa gegen die neuen „Paramilitärs“ ein wichtiges Signal der Unterstützung. Dies würde den Tätern die Legitimationsgrundlage entziehen. Doch die EnBW verweist lieber

Drei Frauen in Cesar, deren Ehemann, Sohn oder Bruder ermordet wurde oder verschwunden ist.





Mitmachen

Seit Jahren steht die EnBW in der Kritik, weil sie große Mengen Steinkohle aus der Region Cesar, Kolumbien, importiert. Ihren Lieferanten Drummond und Prodeco/Glencore wird vorgeworfen, paramilitärische Verbände finanziert zu haben, die für tausendfache Morde und Vertreibungen verantwortlich sind. Nun erschüttern neue Morde die Kohleregion. Das Land Baden-Württemberg ist der wichtigste Anteilseigner des Stromversorgers. Mit einer Unterschriftenkampagne will die Menschenrechtsorganisation urgewald Ministerpräsident Winfried Kretschmann zum Handeln bewegen.

www.urgewald.org/blutkohle/protest

Tagebau des Unternehmens Drummond in Kolumbien. Nicht nur hier, auch in zahlreichen anderen Ländern leiden die Bewohner unter den Folgen von Bergbau und Rohstoffgewinnung internationaler Unternehmen.

darauf, dass der Zusammenhang zwischen den Übergriffen und der Kohleindustrie nicht nachgewiesen werden könne. Auf diese Weise bagatellisiert der öffentliche Energieversorger die Sorgen und Nöte der bedrohten Akteure vor Ort.

Während die EnBW weiter Millionen für Blutkohle ausgibt, haben andere Energieversorger längst gehandelt. DONG Energy aus Dänemark hat Drummond schon seit 2006 und Prodeco seit 2015 von der Lieferanten-

liste gestrichen. DONG hat klargestellt, dass es keine Wiederaufnahme geben wird, bis die Vorwürfe untersucht und konkrete Maßnahmen zugunsten der Opfer eingeleitet worden sind.

Wenn es die Landesregierung ernst meint mit dem Thema „Verantwortung für die Lieferkette“, sollte sie als Hauptaktionär der EnBW genauer hinschauen und klare Vorgaben machen. Wie heißt es so schön? Eigentum verpflichtet!

■ Sebastian Rötters, Kohle-Experte bei urgewald e.V., kennt Kolumbien seit mehr als 18 Jahren. Im Rahmen seiner Tätigkeit bei der Menschenrechtsorganisation Peace Brigades International erhielt er einen umfassenden Einblick in den kolumbianischen Bürgerkrieg. Seit mehr als sieben Jahren beschäftigt er sich mit dem Thema Kohleimporte.

Mit Bibel und Koran gegen den Mammon

Was wir von Luthers Kritik am Kapitalismus und vom islamischen Finanzwesen lernen können

Luther: Kapitalismus bedarf der Zählung

500 Jahre Reformation – nicht erst aus diesem Anlass steht Luther „auf dem Sockel“. Wie soll man mit jemandem umgehen, der zum Denkmal geworden ist? Eine Möglichkeit besteht darin, in der Auseinandersetzung mit ihm Orientierung für das Heute zu suchen, z. B. im Hinblick auf die unsere Zeit bestimmende Totalität der Ökonomie. Luthers grundsätzliche Sicht der Ökonomie und seine Stellungnahmen zu konkreten wirtschaftlichen Problemen wurden in der Lutherforschung und erst recht in der kirchlichen Lutherrezeption meist eher marginal eingestuft. Für Luther selbst aber war das, was er zur Wirtschaft sagte, zentral. Es war Konsequenz und Ausdruck seiner theologischen Verantwortung. Daher redet er von Ökonomie in der Predigt und mahnt „die Pfarrherren“, dies zum Thema auf der Kanzel zu machen. Und daher leitet er im Kleinen und im Großen Katechismus die Leute an zu christlich-verantwortlichem wirtschaftlichem Verhalten. Und daher gibt er denjenigen, die in wirtschaftlichen Berufen stehen, wirtschaftsethische Orientierung. Dabei geht es in Luthers Sicht um „Heil“ und „Unheil“:

Luther ist bemerkenswert sachkundig

Als Erstes ist daher wichtig zu lernen, dass es für den Glauben, für die Kirche, für die Theologie keine Nebensache ist, die Ökonomie zu verstehen, sie zu kritisieren und diesbezüglich Orientierung zu suchen und zu geben. In der Erinnerung an Luther im Jubeljahr der Reformation heißt das dann, ihn zu studieren, ihn ernst zu nehmen und so zu eigenem, verantwortlichen Denken, Reden und Handeln zu gelangen.

Ernst nehmen kann man Luther schon, denn er ist bemerkenswert sachkundig in ökonomischen Dingen. Er erfasst die Notwendigkeit der Wirtschaft für das Leben: „Man kann nicht leugnen, dass Kaufen und Verkaufen eine nötige Sache ist, deren man nicht gut entbehren kann.“ Und

er erfasst das Wesentliche des Wirtschaftens: Der Mensch möchte Gewinn machen und sich darin nicht durch Ethik stören lassen. Luther beschreibt kenntnisreich die Mittel, derer man sich dazu bedient: Preistreiberei und Preisdumping, Monopolbildung, Verknappung der Ware, Kartellbildung, Verkauf auf Ratenzahlung, Spekulation, maximal durchsetzbarer Zins auf Darlehen – Luther kennt die gewählten Praktiken und weiß, dass ihre Aufzählung nicht vollständig ist: „Wie sollte es möglich sein, dass man sie alle aufzählt!“ Aber sie sind repräsentativ, so „dass man alle anderen bösen Stücke aus diesen erkennen und ableiten möge.“ Und Luthers theologische Wertung ist eindeutig: In so betriebener Wirtschaft geht es um „Mammon, das ist Geld und Gut, welches der allergewöhnlichste Abgott ist auf Erden.“

Diesen „allergewöhnlichsten Abgott auf Erden“ sieht Luther aber nicht nur im egoistischen Handeln der Individuen am Werk. Er erkennt ihn auch in derjenigen Ideologie der Ökonomie, die beansprucht, dass Wirtschaft nach der Eigengesetzlichkeit der Profitmaximierung funktioniert und nicht sich ethisch nach den Bedürfnissen der Menschen, der Armen, richten könne.

Diese Ideologie der Ökonomie bestreitet der Ethik im Namen des angeblichen Realismus die Marktfähigkeit. Wirtschaftsethik gilt in ihren Augen als Nonsense, als blanke Utopie. Luther findet den Mammonismus v.a. aber auch in den „sündigen Strukturen“, die diese Ideologie der Ökonomie hervorgebracht hat: in der totalen Konkurrenz, im Wucher, in der ethisch nicht gezähmten „freien Marktwirtschaft“.

Ökonomie nur im Miteinander

Als Zweites ist also von Luther zu lernen, dass die Ökonomie der Ideologiekritik bedarf. Luther weiß freilich, dass seine Kritik der Ökonomie und dass seine ethische Orientierung wirtschaftlichen Handelns nicht willkommen sein wird, dass man derlei für utopischen Unsinn halten wird. Dabei ist doch klar: alle Ethik ist Utopie, notwendigerweise. Eine Ethik, die nicht Utopie wäre, wäre nichts anderes als Selbstrechtfertigung oder Rechtfertigung des Status quo.

Daher hält Luther an seiner Kritik, seiner Ethik fest. Er bestreitet die von der Ökonomie beanspruchte Eigengesetzlichkeit. Er will denen, die der angeblichen Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft nicht folgen wollen, eine andere Orientierung eröffnen. Und er will der Obrigkeit, d. h. den Regierenden, Wege zeigen, ihrer diesbezüglichen

Verantwortung gerecht zu werden: Weil Ökonomie nur im Miteinander der Menschen möglich ist, gilt auch für sie die Grundorientierung, die jedes Miteinander bestimmen soll und die sieht Luther in der sogenannten „Goldenen Regel“: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch!“ (Mt 7, 12). Das ist für ihn Anleitung zu „alternativer Praxis“. Denn die Relevanz von Utopie liegt nicht in der Theorie, sie wird plausibel nicht in klugen Worten, sondern im utopischen Handeln.

Und da kennt Luther so manches, das auch heute bedeutsam ist: angemessener Lohn (heute: Mindestlohn), fairer Preis (heute: Fair Trade), faire Darlehen (heute z. B. Kleinkredite) – nicht nur als edler Gedankenentwurf, sondern als reale Praxis wirtschaftlichen Handelns. Die Zähmung des Raubtierkapitalismus, die Unterwerfung der wirtschaftlichen Interessen unter die „Option für die Armen“ ist für ihn die Aufgabe regierender Verantwortung.

Das alles ist bei Luther zu finden. Man muss nur selten etwas Neues erfinden, wenn man sich erinnern kann.

Auch das also wäre von Luther zu lernen, dass einer schlechten Realität nur mit dem Mut utopischen Handelns wirksam zu begegnen und daher alternative Praxis notwendig, not-wendend ist. Sich an Luthers theologische Kritik der Ökonomie zu erinnern, wird daher auch zur Kritik der Ökonomie-Vergessenheit bürgerlich-akademischer Theologie führen.

■ Gebhard Böhm,
Pfarrer, Studiendirektor i. R.
(Württembergische Landeskirche)

Koran: Ökonomie mit ethischen Leitprinzipien

Das sogenannte Islamic Finance nahm seinen Anfang in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts. In den meisten islamisch geprägten Ländern bestimmen seitdem islamische Finanzinstitute – neben den konventionell operierenden – den Wirtschaftsalltag der Bevölkerung. Auch vor den internationalen Finanzmärkten machte die Expansion dieses religiös motivierten Finanzphänomens nicht Halt. Islamkonforme Finanzierungs- und Investmentprodukte werden längst auf den zentralen europäischen Handelsplätzen London und Frankfurt gehandelt. Generell gewinnt Islamic Finance international zunehmend an Bedeutung. Neben der quantitativ enormen Entwicklung des Islamic Finance ist auch im Bereich der Produktentwicklung eine starke Dynamik festzustellen. Von Beginn an sahen sich die Theoretiker vor die Herausforderung gestellt, stets islamkonforme Äquivalente zu



Luther und der Koran geben ökonomische Richtlinien

Islamische Bank in Deutschland

Seit zwei Jahren gibt es auch in Deutschland eine islamische Bank. Die KT Bank AG besitzt Filialen in Frankfurt, Mannheim und Berlin. Tabu sind Geschäftsfelder wie Rüstung, Alkohol, Glücksspiel, Tabakwaren oder Prostitution. Daneben gilt das Zinsverbot (Riba), das Spekulationsverbot (Gharar) und das Verbot des Glücksspiels (Maysir). Über die Einhaltung dieser Selbstverpflichtung wacht bei der KT Bank ein Ethikrat.

entwickeln, um die wachsenden Finanzbedürfnisse ihrer Kunden zufriedenzustellen. Dabei entstanden Produkte, die sich von den konventionellen mehr oder minder lediglich per definitionem unterscheiden. Aufgrund dieser qualitativen Dynamik erntet das Islamic Finance Kritik und wird von manchen Muslimen für „nicht islamisch genug“ gehalten. Doch wie islamisch kann ein Finanzwesen überhaupt sein?

Nachhaltiger Umgang mit irdischen Gütern

Um diese Frage gleich zu beantworten: Weder der Koran noch die prophetische Tradition (sunna) schreiben konkrete Finanz- oder Wirtschaftsinstrumente vor, entlang derer die Muslime ihr Wirtschaftsleben zu lenken haben. Was wir den beiden Hauptquellen des Islam diesbezüglich entnehmen können, sind Aussagen und Leitprinzipien von moralisch-ethischer Natur. Im koranischen Verständnis ist der Mensch als Gottes Statthalter (Khalifa) auf Erden erschaffen worden. Er ist zudem das einzige Lebewesen, dem das Privileg des Intellektes (ʿaql) beschert wurde und zugleich die Eigenschaft der Verantwortlichkeit (Taklif) auferlegt wurde. Die ökonomische Implementierung dieses Menschenbildes postuliert die Grundmaxime, dass Gott der letzte und absolute Eigentümer aller irdischen Güter ist und dass der Mensch lediglich das Nutzungsrecht daran besitzt. Diese Maxime zielt generell auf einen verantwortungsbewussten nachhaltigen Umgang mit den irdischen Gütern ab. Ein Umgang, der die Förderung des Allgemeinwohls intendiert. Zu große Ungleichverteilungen von Vermögen und Einkommen innerhalb der Gesellschaft dürften den Idealen dieses Menschenbildes widersprechen.

Auch wenn alle Güter letztendlich Gott gehören, ist der Islam gegenüber der Akkumulation von Privatvermögen grundsätzlich positiv eingestellt. Die islamische Jurisprudenz garantiert das Recht auf Privateigentum und stellt zahlreiche vertragsrechtliche Mechanismen zum Schutz dieses Rechts. Der Schutz des Privatvermögens gehört nicht zuletzt zu den Hauptzielen, die die Scharia erreichen will.

Zinsverbot und Sozialabgabe

Die positive Einstellung des Islams zu Geld und Vermögen erklärt sich im Hinblick auf die historischen Gegebenheiten, welche die Anfänge des Islam begleiteten. Mekka, die Geburtsstätte des Propheten, war vor der Entstehung des Islam im Laufe des 7. Jahrhunderts das Handelszentrum Arabiens schlechthin. Dementsprechend war die Stadt der Treffpunkt reicher Händler. Manche von ihnen nahmen die neue Religion an und unterstützten sie kräftig. Muhammad selber war vor seiner Berufung ein erfolgreicher Karawanenhändler. Als er im Jahr 632 starb, hinterließ er allerdings kein nennenswertes Vermögen. Darüber hinaus lassen sich im Koran Passagen finden, die von der damaligen handelsgeprägten Wirtschaftspraxis

zeugen. So greift der Koran häufig auf Beispiele aus dieser Praxis zurück, um eschatologische Inhalte zu illustrieren und seine Konzeption vom Jenseits zu beschreiben.

Ganz im Sinne dieser Grundmaxime lässt sich das Prinzip der Sozialbindung von Kapitalüberschüssen illustrieren. Sowohl für eine aktive als auch für eine passive Kapitalumverteilung spricht sich die islamische Tradition aus. Beide Umverteilungsarten stehen in einem komplementierenden Verhältnis zueinander. Eine aktive Umverteilung wird begünstigt, wenn Kapital der Gesellschaft zur Verfügung gestellt, in Bewegung gehalten und nicht unbegründet den Märkten entzogen wird. Das Kapital soll stetig zirkulieren, damit die Mehrheit der Gesellschaft durch den Einsatz des Faktors Arbeit davon profitieren kann. Wird dieser Ansatz konsequent zu Ende gedacht, so kann festgestellt werden, dass die Bedeutung des Kapitals aus Sicht der Scharia darin begründet liegt, Wachstum und Beschäftigung zu fördern und somit das Wohlergehen innerhalb der Gesellschaft aktiv voran zu treiben. Den Gesellschaftsmitgliedern, die von solch einer aktiven Umverteilung nicht profitieren können, kommt wiederum die passive Umverteilung zugute. Diese passive Umverteilung verkörpert die Sozialabgabe Zakat, deren Entrichtung zu den fünf Säulen des Islam gehört. Zakat ist, lakonisch formuliert, ein Instrument, das ursprünglich vom Geist der Förderung sozialer Solidarität und gerechter Umverteilung innerhalb der Gesellschaft geleitet wird. Die Starrheit, die ihre Rechtskonstruktion auszeichnet, paralyisiert heutzutage allerdings ihre Wirkung. Reformbedürftig ist nicht die Zakat, sondern vielmehr ihre Umsetzung.

Ganz im Sinne des oben konstatierten Menschenbildes steht, last but not least, das bekannte Verbot von Wucherzins (Riba), dessen restriktive Interpretation für die Entstehung des Islamic Finance von maßgeblicher Bedeutung ist. Riba war eine vorislamische Praxis, die ausbeuterischen Charakter hatte und nicht selten zur Versklavung von Zahlungsunfähigen führte. Dass sich der Koran gleich zu Beginn seiner Herabsendung despektierlich gegenüber dieser Praxis äußerte und sie anschließend für kategorisch verboten erklärte, spiegelt seinen genuine Charakter, Gerechtigkeit und Allgemeinwohl innerhalb der Gesellschaft zu fördern.

Der Wirtschaftsethik der islamischen Tradition liegen ökonomische Leit- und Grundprinzipien zugrunde, die durchaus in Dialog mit den wirtschaftsethischen Elementen anderer Weltanschauungen treten und fruchtbar gemacht werden können. Ethisches Erwirtschaften sollte eine universelle und bindende Angelegenheit sein.

■ Abdelaali El Maghraoui, M.A.,
Eberhard Karls Universität Tübingen,
Zentrum für Islamische Theologie

Wir müssen die Unternehmen ins Boot holen

Gisela Burckhardt kämpft seit langem für eine ethische Textilproduktion. Nun sitzt sie mit KiK und anderen Textilunternehmen an einem Tisch



Frau Burckhardt, Sie engagieren sich seit vielen Jahren für bessere Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie. Gibt es Fortschritte?

Fabriken in Bangladesch zu verbessern. Positiv ist auch, dass es immer mehr kleine Mode-Labels gibt, die öko-faire Kleidung herstellen. Und bei den großen Markenunternehmen ist das Bewusstsein mittlerweile fortgeschritten. Sie können nicht einfach mehr die Verantwortung auf ihre Lieferanten schieben, denn inzwischen sind sie laut den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte dazu verpflichtet, Vorsorge in ihrer Lieferkette zu betreiben, um Arbeitsrechtsverletzungen zu bekämpfen. Aber immer noch ist der Lohn in den Zulieferbetrieben in Bangladesch und anderen Ländern viel zu niedrig, gewerkschaftliche Freiheit nicht gegeben, Frauen werden benachteiligt. Gerade im Dezember 2016 gab es in Bangladesch Streiks für höhere Löhne. Die Gewerkschaften fordern eine Erhöhung der Löhne um das Dreifache, denn die Lebenshaltungskosten sind extrem angestiegen.

oder Politik richtet, gemeinsam mit anderen Organisationen im Rahmen der Kampagne für Saubere Kleidung. So schreiben wir derzeit die Unternehmen an, bei deren Zulieferern in Bangladesch gerade Streiks ausgebrochen sind. Wir betreiben auch Bildungs- und Beratungsarbeit. In unserem Bildungsprojekt „Mode studieren – Verantwortung tragen“ informieren wir Studierende und Lehrende in Modestudiengängen über Sozialstandards in der Textilproduktion. Wir beraten auch Städte und Kommunen, so z. B. Bonn und Köln, beim Einkauf von fairer Dienstkleidung, denn auch die Kommunen sind wichtige Einkäufer von Kleidung. Schließlich haben wir in Bonn und Köln die Geschäfte befragt und jeweils einen Einkaufsführer für öko-faire Textilien erstellt, damit Verbraucher wissen, wo sie faire Kleidung in ihrer Stadt



Geringe Löhne, Verbot von Gewerkschaften, Benachteiligung von Frauen gehören zum Alltag in der Textilindustrie Asiens.

Mittlerweile haben sich 200 internationale Markenunternehmen und Einzelhändler verpflichtet, die Gebäudesicherheit und den Brandschutz in den textilproduzierenden

Mit welchen Instrumenten versuchen Sie eine ethischere Wirtschaft zu erreichen?

Zum einen machen wir Kampagnenarbeit, die sich an Unternehmen

kaufen können. Im April wird darüber hinaus unser bundesweiter Fair Fashion Guide erscheinen. Zum anderen unterstützen wir Partnerorganisationen direkt in Bangladesch

und Indien durch unseren Solidaritätsfonds, um z. B. Gerichtsprozesse von Arbeiterinnen zu ermöglichen. Ein anderes aktuelles Projekt ist im indischen Bangalore. In Indien sind Fabriken gesetzlich verpflichtet, Kindergärten bereit zu stellen. In den Fabriken gibt es einen Raum mit vielen bunten Luftballons, aber keine Kinder. Es gibt kein qualifiziertes Personal, um die Kinder zu betreuen. Die Frauen, die in den Fabriken arbeiten, müssen ihre Kinder zuhause einschließen oder zu den Großeltern aufs Land bringen. C&A. H&M erfüllen die indischen Gesetze nicht. C&A hat sich mittlerweile bereit erklärt, hier aktiv zu werden, H&M hat sich überhaupt nicht gerührt, offenbar interessiert es sie nicht, dass ihre Zulieferer Gesetze nicht einhalten.

Sie sind 2014 dem Textilbündnis beigetreten. War es eine schwierige Entscheidung?

bringt, werden wir aussteigen. Gesetze würden schneller zum Ziel führen, doch leider kriegen wir die nicht unter der jetzigen Regierung.

Im Bündnis sitzen Sie mit Unternehmensvertretern, die Sie in der Vergangenheit scharf kritisiert haben, an einem Tisch. Wie ist die Arbeit im Textilbündnis?

Die Beratungssituation im Bündnis ist intensiv und zeitaufwändig, beispielsweise in den Arbeitsgruppen Chemikalien, Naturfasern, Sozialstandards und existenzsichernde Löhne. Hier wird um Kompromisse gerungen.

Im Textilbündnis gibt es rund 180 Mitglieder, darunter etwa 160 Unternehmen. Das bedeutet, dass die Zivilgesellschaft unterrepräsentiert ist und nur wenige Kräfte hat. Im Steuerungskreis vertrete ich zusammen mit zwei Kollegen die Zivilge-

Konsens. Jede Seite kann den Fortschritt befördern oder das Gegenteil. Aber das ist vom Prozess her besser als bei der Erstellung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte, wo die Politik letztlich allein entschieden hat. Wir sind nur wenige NGOs, haben aber ein wenig erreicht, es geht halt sehr langsam vorwärts.

Welche Erfolge haben Sie erzielt?

Wir haben Transparenz durchgesetzt. Wir haben erreicht, dass alle Unternehmen bis Januar 2017 einen Aktionsplan, eine sogenannte Roadmap, vorlegen müssen. Die Roadmaps benennen Bereiche, in denen die Bündnismitglieder ihre Lieferanten schrittweise auf bessere Arbeitsbedingungen verpflichten. Die Veröffentlichung dieser Leitfäden ist 2017 wünschenswert, aber ab 2018 verpflichtend.



Blick in eine Näherei in Myanmar. Unterkunft von Näherinnen.



Ja, die Entscheidung war schwierig, ist es immer noch. Wir fragen uns ständig, ob es sinnvoll ist, dabei zu bleiben. Wir möchten nicht als Feigenblatt herhalten. Wenn es nichts

sellschaft. Mit den vier Vertretern der Wirtschaft, je einem Vertreter der Gewerkschaft und der Standardorganisationen sowie Vertretern von drei Ministerien entscheiden wir im

Darüber hinaus hat FEMNET im Rahmen des Textilbündnisses eine Bündnisinitiative im Bundesstaat Tamil Nadu, Südindien, in einer der Konfektion vorgelagerten Stufe, der

Das Textilbündnis

Das Bündnis für nachhaltige Textilien, kurz Textilbündnis, wurde im Oktober 2014 auf Initiative von Minister Gerd Müller, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mit dem Ziel gegründet, die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Textilindustrie in Niedriglohnländern zu verbessern.

Anlass für die Gründung war der Einsturz des Rana Plaza 2013 in Bangladesch, in der auch deutsche Unternehmen ihre Waren fertigen ließen.

Das Textilbündnis zählt mehr als 180 Mitglieder. Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Standardorganisationen und Gewerkschaften arbeiten zusammen. Die festgelegten Ziele sind für alle Mitglieder verbindlich, die zeitliche Umsetzung variiert jedoch.

Spinnerei, initiiert. Junge Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren werden hier wie Sklavinnen ausgebeutet. Sie wohnen in Hostels neben den Fabriken und dürfen das Gelände nicht verlassen, sind faktisch eingeschlossen. Sie arbeiten unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen bis zu zwölf Stunden, auch nachts. Sie schlafen auf dem Boden, werden sexuell bedroht, auch missbraucht und erhalten nicht einmal den Mindestlohn. Da der Verdienst nicht auf ein Konto überwiesen wird – ein Konto darf erst ab 18 Jahren eröffnet werden – haben die Frauen keine Möglichkeit, später einmal gerichtliche Schritte einzuleiten.

Partner vor Ort von FEMNET schlugen die Schaffung einer Multistakeholder-Initiative vor. Mit Unterstützung der Kampagne für Saubere Kleidung hat FEMNET diesen Vorschlag ins Textilbündnis eingebracht. Anfang November fand

einen Workshop mit allen Beteiligten geben mit dem Ziel, bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Unternehmen und Politik vor Ort Veränderungen anzuschließen. Mir sind die praktischen Verbesserungen in den Zulieferbetrieben wichtig. Und dafür müssen möglichst viele Unternehmen mit ins Boot geholt werden. Leider halten sich immer noch zu viele Unternehmen, darunter auch H&M, Primark oder C&A, vornehm zurück. Unsere Initiative will durchsetzen, dass in Indien keine jungen Mädchen mehr in den Spinnereien unter diesen sklavenähnlichen Bedingungen schufteten müssen. Im Umweltsektor sehen wir, dass verbindliche gesetzliche Regelungen möglich sind.

Wir danken für das Gespräch.

Zur Person: Dr. Gisela Burckhardt, Vertreterin von FEMNET bei der Kampagne für Saubere Kleidung, arbeitet als Autorin, entwicklungspolitische Gutachterin und



Protest gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen der Discounter. Mittlerweile gibt es viele öko-faire Modelabel.



eine Sondierungsreise zusammen mit Vertreterinnen von Tchibo, KiK und Otto sowie mit Vertretern der Bundesregierung statt. Nun soll es in den kommenden Monaten in Indien

Sie setzen auf die Unterstützung der Unternehmen?

Das Textilbündnis ist dazu da, Kräfte zu bündeln, um gemeinsam mit

Campaignerin. Bei FEMNET ist sie geschäftsführende Vorstandsvorsitzende. Im vergangenen Jahr wurde sie mit dem Anne-Klein-Frauenpreis 2016 ausgezeichnet. (sps)

Die Unternehmen bleiben frei

Die Menschenrechte wahren und Sozialstandards schützen. Dafür sollte der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft sorgen. Nun ist die Enttäuschung groß

Mit einem halben Jahr Verspätung legte die Bundesregierung im Dezember – wenige Tage nach dem 50. Jahrestag der Verabschiedung der beiden grundlegenden UN-Menschenrechtspakete – ihren Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte vor. Vorangegangen war ein breit angelegter Konsultationsprozess, an dem auch entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen beteiligt waren. Doch in den letzten Monaten vor der Veröffentlichung wurde zum Teil vor, mehr aber noch hinter den Kulissen, heftig um zentrale Elemente des NAP gerungen. Wohl deshalb war die Zivilgesellschaft, anders als zunächst versprochen, nicht in die Redaktion des Aktionsplans eingebunden und es gab auch keine Gelegenheit mehr, den Entwurf zu kommentieren.

Bei dem Streit ging es im Kern dann doch wieder um die alte Frage: Braucht es verbindliche Regeln, damit Unternehmen die Menschenrechte respektieren – oder soll das dem freiwilligen Engagement der Firmen überlassen bleiben? Dabei hatten die UN-Leitprinzipien genau diese Frage beantwortet: Jeder Staat hat die Pflicht, vor Menschenrechtsverstößen durch Unternehmen zu schützen. Und alle Unternehmen haben die Verantwortung, die Menschenrechte zu achten. Beide Verpflichtungen bestehen unabhängig voneinander: Keiner kann also die

eigene Untätigkeit damit entschuldigen, dass der andere untätig bleibt. Ein „intelligenter Mix“ aus verbindlichen Regeln und freiwilligen Maßnahmen sei am besten geeignet, die Wahrung der Menschenrechte durch Unternehmen zu gewährleisten.

Ein zentrales Element der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen ist nach den UN-Leitprinzipien das Konzept der menschenrechtlichen Sorgfalt. Kurz gesagt ist damit gemeint, dass ein Unternehmen menschenrechtliche Risiken im Zusammenhang mit seiner Geschäftstätigkeit identifiziert und mindert, vorbeugende Maßnahmen ergreift, gegebenenfalls Abhilfe schafft und über die Wirksamkeit seiner Maßnahmen Rechenschaft ablegt. Für die konkrete Ausgestaltung eines solchen Managementsystems nennen die UN-Leitprinzipien präzise Anforderungen, etwa bezüglich Transparenz, Stakeholder-Beteiligung oder Rechenschaftslegung.

Ambitioniert, aber zahnlos

Da die UN-Leitprinzipien selbst nicht verbindlich sind, ist eine zentrale Forderung zivilgesellschaftlicher Akteure, dass die Bundesregierung Verfahrensanforderungen an die menschenrechtliche Sorgfalt gesetzlich festschreibt, welche die Unternehmen verbindlich einhalten müssen. Außerdem soll die Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht Voraussetzung sein für staatliche Förderung und öffentliche Aufträge. Überhaupt sehen die NGOs dort, wo der Staat selbst als wirtschaftlicher Akteur auftritt – als Auftraggeber oder Eigentümer von Unternehmen – einen wirksamen Hebel für die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfalt.

Die Erwartungen an den deutschen Nationalen Aktionsplan waren hoch,

auch international. Immerhin hatte die Bundesregierung selbst einen „ambitionierten“ Aktionsplan angekündigt, und die Aktivitäten zu globalen Lieferketten im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft deuteten darauf hin, dass es ihr ernst ist damit. Doch diesem Anspruch wird der nun vorgelegte NAP nur in Teilbereichen gerecht:

- Immerhin formuliert er die Erwartung an alle deutschen Unternehmen, menschenrechtliche Sorgfalt in

Hintergrund: Nationaler Aktionsplan

Die wesentlichen Angelegenheiten unseres Gemeinwesens sind verbindlich per Gesetz geregelt – in Annäherung an einen Kernbestand unserer ethischen Positionen, demokratisch beschlossen vom Parlament und durchgesetzt von der Regierung. Doch Gesetze gelten im Wesentlichen national, Wirtschaft agiert zunehmend international. Wie die dadurch entstehenden Regelungslücken geschlossen werden sollen, darum wird seit Jahrzehnten gerungen: Vor allem aus dem Globalen Süden kommt die Forderung nach verbindlichen internationalen Regeln, der Norden hält dagegen unnachgiebig am Dogma der freiwilligen Verantwortung von Unternehmen fest. Mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte schien 2011 ein gewisser Konsens gefunden worden zu sein. Doch die alten Konfliktlinien bestehen weiterhin, wie am Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien deutlich wird.

■ Uwe Kleinert



Bei ihren Zulieferern achten deutsche Unternehmen oft nicht auf Einhaltung der Menschenrechte. Der Faire Handel engagiert sich für einen starken Nationalen Aktionsplan.

ihre Unternehmensprozesse zu integrieren. Aber wenn diese Erwartung nicht eingelöst wird, hat das für das betreffende Unternehmen keinerlei Konsequenzen.

- Immerhin schreibt der NAP das Ziel fest, dass bis 2020 mindestens die Hälfte aller Großunternehmen menschenrechtliche Sorgfalt umsetzen. Entsprechende Stichprobenuntersuchungen sollen ab 2018 stattfinden. Aber wenn das Ziel verfehlt wird, kündigt die Bundesregierung nicht etwa eine gesetzliche Regelung an, sondern will diese Option lediglich prüfen. Dabei bleibt völlig offen, was ein Unternehmen mindestens tun muss, um menschenrechtliche Sorgfalt umzusetzen. Völlig ohne Substanz wäre die Zielsetzung übrigens, wenn Unternehmen, die gegenüber der Bundesregierung darlegen, warum sie Sorgfaltsprozesse nicht umsetzen, auf die 50%-Zielmarke angerechnet werden; da ist der Text nicht eindeutig.

- Immerhin will die Bundesregierung die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfalt durch Beratungsangebote unterstützen und relevante Branchen und Sektoren für weiterführende Multistakeholder-Foren identifizieren. Aber Anreize für Unternehmen setzt die Bundesregierung nicht: So wurde die Chance vertan, bei der Reform des Vergaberechts die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfalt als Vergabekriterium zu verankern. Und bei der Außenwirtschaftsförderung will die Bundesregierung zwar erreichen, dass Unternehmen, die sie in Anspruch nehmen, menschenrechtliche Sorgfalt umsetzen; wie das vonstattengehen soll, bleibt aber offen.

Noch nicht einmal für Bundesunternehmen legt der NAP weitergehende Verpflichtungen fest. Diesbezüglich sei der deutsche Aktionsplan deutlich schwächer als andere europäische NAPs, so das Deutsche Institut für Menschenrechte. Besonders anspruchsvoll ist die schwedische Regelung, nach der Staatsunternehmen Vorbildfunktion übernehmen sollen, indem sie menschenrechtliche Ziele formulieren, sie in ihre Unternehmensstrategie integrieren und jährliche Berichte nach einem anspruchsvollen Standard vorlegen. Viermal im Jahr soll es Treffen des Finanzministeriums mit allen 53 Staatsunternehmen geben, um Risiken und Chancen zu besprechen und Erfahrungen auszutauschen.

Völlig unzureichend ist der NAP schließlich mit Blick auf den Zugang von Menschenrechtsoptionen zu deutschen Gerichten. Die bestehenden Hürden – wie Verjährungsfristen, Aufenthaltsrechte für Prozessbeteiligte oder fehlende Kollektivklagerechte – werden weder anerkannt noch angemessen aufgegriffen.

Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, dass die Bundesregierung die UN-Leitprinzipien stärkt, damit sie weiterhin den Rahmen für die Debatte um Wirtschaft und Menschenrechte bilden. Aber der Aktionsplan macht offenkundig, dass der politische Wille fehlt, menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen verbindlich einzufordern.

■ Uwe Kleinert, Mitarbeiter der Werkstatt Ökonomie in Heidelberg und Eine Welt-Fachpromotor für nachhaltige öffentliche Beschaffung und Unternehmensverantwortung

Geht doch!

Finanzanlagen des Landes sollen nachhaltig werden

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Nachhaltigkeit von Finanzanlagen zu stärken. Zunächst sollen Nachhaltigkeitskriterien für die Sondervermögen Versorgungsfonds und Versorgungsrücklage umgesetzt werden; dabei geht es um ein Anlagevolumen von mehr als 5,2 Mrd. Euro, von denen knapp 40 Prozent in Aktien angelegt sind.

Vorgesehen ist ein Rückzug aus Investitionen in Unternehmen, die fossile Energieträger fördern oder Atomenergie erzeugen. Neben ökologischen sollen aber auch ethische und soziale Kriterien berücksichtigt werden, etwa die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Stuttgart: Stadt investiert nachhaltig

Die Landeshauptstadt Stuttgart will zukünftig nur noch Aktien und Anleihen von Unternehmen kaufen, die ihrer Ansicht nach saubere Geschäfte machen. Eine vom Gemeinderat verabschiedete Richtlinie trat zum 1. September 2016 in Kraft.

Das Kapital der Landeshauptstadt soll zukünftig nur noch in Unternehmen investiert werden, die weder der Umwelt, dem Klima oder der Gesundheit schaden noch Menschenrechte verletzen.

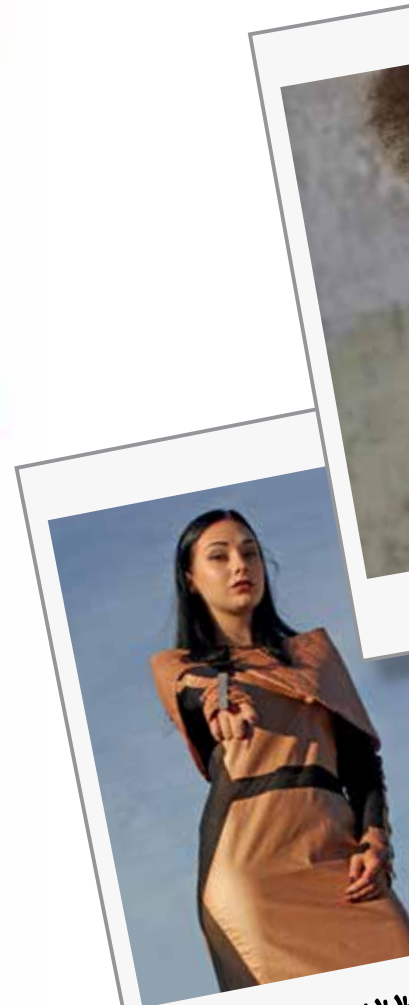
Ausgeschlossen sind beispielsweise Unternehmen, die Kinder- oder Zwangsarbeit zulassen, gentechnisch veränderte Pflanzen oder Saatgut herstellen, Hersteller von Militärwaffen und -munition sind ebenfalls ausgeschlossen.

Zum Ausgehen schön

Ökologisch und fair produzierte Mode ist elegant und chic wie nie zuvor. Zu finden ist sie in Weltläden und online-Shops



www.anzueglich.at





Staatsschulden sind eine reale Bedrohung

Mitte März treffen sich die Finanzminister der G20-Staaten in Baden-Baden. Werden sie hoch verschuldete Länder entschulden?



Herr Bokosi, laut Schuldenreport 2016 sind aktuell 108 Entwicklungs- und Schwellenländer von Überschuldung bedroht. Experten befürchten, dass sinkende Rohstoffpreise und andere aktuelle Wirtschaftsfaktoren viele Länder in eine neue Schuldenkrise reißen könnten. Welche Länder Afrikas sind besonders gefährdet?

Fast alle Länder in Subsahara-Afrika verzeichnen einen Anstieg der Staatsschulden sowohl nominal als auch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Deutlich werden diese Anstiege in Ländern wie Angola, Äthiopien, Ghana, Kenia, Tansania, Malawi, Mosambik, Uganda und Sambia. Die Schuldenstände dieser Länder liegen in den meisten Fällen weit über den Werten vor der Entschuldung durch die Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete arme Länder.

Wie ist die Situation in Afrika insgesamt?

Die Verschuldungssituation in Afrika hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert, die Nettoverschuldung ist allerdings gestiegen. Der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist von 53,4 auf 23,7 Prozent (UNECA 2015) gesunken. Allerdings bestehen hier große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Auch die Zusammensetzung der Schulden verändert sich: Im Inland aufgenommene Schulden gewinnen im Vergleich zu Auslandsschulden an Bedeutung und auch die Privatverschuldung nimmt zu. Nur noch 21 Prozent der gesamten Schulden bestehen bei multilateralen Gläubigern (UNECA 2015). Bilaterale Süd-Süd-Kredite werden relevanter. Private Kredite machen 49 Prozent der gesamten Auslandsverschuldung aus. Die Verschuldung aus Staatsanleihen ist von 1 Milliarde US-Dollar in 2008 auf 18 Milliarden US-Dollar in 2014 gestiegen. Etwa 14 Länder der Region Subsahara-Afrika sind in den letzten Jahren an den internationalen Kapitalmarkt zurückgekehrt. Dies umfasst Mosambik, Ruanda, Senegal und Sambia.

Warum sind die Staatsschulden in vielen Ländern gestiegen?

Der Anstieg der Staatsschulden wurde in den vergangenen Jahren vor allem durch größere Haushaltsdefizite, verringertes Wirtschaftswachstum, Eventualverbindlichkeiten und Naturkatastrophen bestimmt. Gründe für die aktuelle Entwicklung hin zu einer neuen Krise sind unsichere Regierungsführungen, insuffiziente Rechtsvorschriften, eine schwache Rechtsprechung, schwache Institutionen und Interessenkonflikte. Mitverantwortlich sind aber auch internationale Finanzagenturen, die einen leichten Zugang zu Krediten

bereitstellen, ohne dabei auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu achten. Wir wissen, dass Staatsschulden unentbehrlich sind, um Entwicklung zu finanzieren. Aber es muss verantwortlich damit umgegangen werden. Staatsschulden können immer dann zu einem Problem werden, wenn das Geld nicht produktiv investiert wird oder wenn die Wirtschaft des Schuldnerlandes durch exogene Schocks wie fallende Rohstoffpreise, steigende Zinssätze, Geldentwertung oder verringertes globales Wachstum getroffen wird.

Die Internationale Gemeinschaft verabschiedete die Globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung, SDGs, die für alle Länder weltweit gelten. Können verschuldete Länder diese umsetzen?

Der Finanzierungsbedarf zur Erreichung dieser Entwicklungsziele ist enorm. Er liegt etwa zwischen 1,9 und 3,1 Billionen US-Dollar jährlich.

Die Regierungen der Entwicklungsländer benötigen hohe Summen, um die Mängel der Infrastruktur zu beheben, hohe Armutsgrenzen zu senken und Indikatoren im Bereich Gesundheit und Bildung zu verbessern. Das wird durch die Aufnahme von Schulden finanziert. Die Frage ist, wie Regierungen diese Entwicklungsziele ohne einen untragbaren Schuldenstand erreichen können. Nationale Mittel reichen bei weitem nicht aus. Die Abhängigkeit von Zuschüssen ist nicht nachhaltig. Da die Zuschüsse zurückgehen, greifen die Länder auf die Aufnahme von Schulden zurück.

Welche Empfehlungen würden Sie der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihre Präsidentschaft der G20 geben?

„Die Auslandsschulden sind für viele Republiken Lateinamerikas so alt wie ihre politische aber eben nicht ökonomische Befreiung vom Kolonialismus. Nationale Eliten haben seither immer wieder mit den Gläubigern gekungelt, um als >endgültige Lösung< zu verkaufen, was niemals eine war. Wir brauchen faire und transparente Lösungen und nicht noch mehr von dieser angeblichen >Vernunft der Märkte<.“

Alberto Acosta, Ökonom,
FLACSO Quito

„Wenn der EU schon die sozialen Auswirkungen des griechischen Rettungspakets und die Renteneinbußen ihrer eigenen Bevölkerung egal waren, glaubt ihr dann, dass sie sich um einen armen afrikanischen Dorfbewohner kümmern wird, der keine staatliche Rente bekommt und der abhängig von den sozialen Dienstleistungen ist, die als erste zugunsten des Schuldendienstes gestrichen werden?“

Dr. Fanwell Bokosi,
African Forum and Network on Debt and Development



Mitglieder der Kampagne DEBT20.

„Ein großer Teil der Staatseinnahmen Mosambiks muss in die Bedienung der Schulden fließen und wenig bleibt übrig für Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung. Gleichzeitig ist – trotz hoher Investitionen – unsere Einnahmebasis kaum gewachsen, weil multinationale Rohstoffkonzerne nahezu keine Steuern zahlen und ihre Profite einfach außer Landes schaffen.“

Dr. Eufregina dos Reis Manoela, Grupo Mozambicano da Divida

Unser Entschuldungsnetzwerk AFRODAD begrüßt die Entscheidung der deutschen G20-Präsidentschaft, die Initiative der chinesischen G20-Präsidentschaft aufzunehmen und die Lösung von Schuldenkrisen auf die Agenda der G20 zu setzen. Jedoch müssen die Diskussionen um die Verbesserung von Entschuldungsverfahren und der Koordination zwischen Schuldner und Gläubiger über die bisherige Debatte hinausgehen. Die G20 setzen beispielsweise auf sogenannte Kollektivklauseln in Anleiheverträgen. Diese erleichtert Umschuldungsvereinbarungen. So kann die Mehrheit der Inhaber einer Anleihe die Minderheit verpflichten, einer Umschuldungsvereinbarung mit dem Emittenten der Anleihe zuzustimmen. Das ist keine schlechte Idee, allerdings ist die Reichweite dieses Instruments begrenzt, denn es bezieht sich nur auf einen Teil der

Schulden heute kritisch verschuldeter Länder. Eine Schuldenkrise kann man dadurch nicht lösen.

Solche Reformen dürfen auf keinen Fall als Ersatz für eine umfassende Lösung von Staatsschuldenkrisen gesehen werden. Schuldenkrisen sind eine reale Bedrohung für viele Länder Afrikas. Hier werden neue Regelungen benötigt. AFRODAD erwartet, dass die G20 über weitreichende Reformen diskutieren und die Schaffung eines rechtsbasierten und umfassenden Staateninsolvenzverfahrens unterstützt.

Wir danken für das Interview.

Zur Person: Dr. Fanwell Bokosi ist Direktor des Afrikanischen Entschuldungsnetzwerks African Forum and Network on Debt and Development, AFRODAD.

Vortrag: Dr. Bokosi spricht am 13. März zum Thema Schuldenkrisen im südlichen Afrika: Stuttgart, EMS, Vogelsangstr. 66A.

Entschuldung: Kampagne und Aktion

Das entwicklungspolitische Bündnis erlassjahr.de fordert die Bundesregierung in seiner Kampagne „DEBT20: Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt!“ auf, die Gefahr der neuen Schuldenkrisen im Globalen Süden wahrzunehmen und die Schaffung eines fairen Verfahrens auf den Weg zu bringen.

Am 17. März findet in Baden-Baden ein Aktionstag statt (siehe Termine). Informationen zur Kampagne: www.erlassjahr.de.

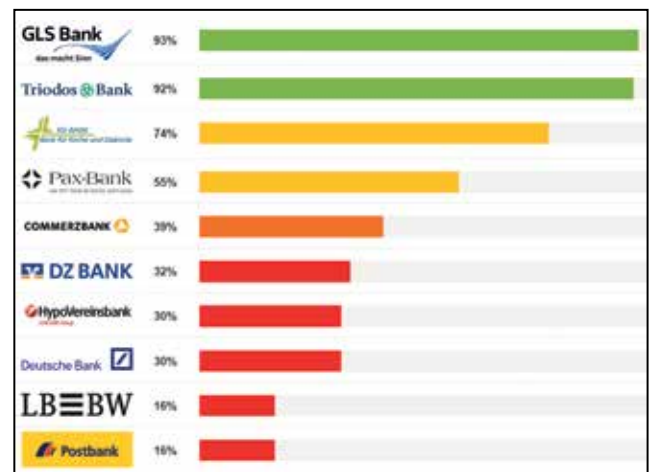
Gute Bank – schlechte Bank

Wohin fließt das Geld der Banken? Wer sein Geld ethisch anlegen möchte, sollte seine Bank sorgfältig auswählen

Immer noch verletzen Unternehmen durch ihre Geschäftsaktivitäten internationale Normen und Standards, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. In unserer Arbeit setzen wir an deren Geldquelle an. Denn erst Banken ermöglichen durch Kredite, Projektfinanzierungen und die Zeichnung von Anleihe- und Aktienemissionen die kontroversen Geschäftstätigkeiten dieser Unternehmen. Anfang 2016 haben wir deshalb den Fair Finance Guide ins Leben gerufen. Darin untersuchen wir, ob deutsche Banken bei ihren Finanzierungsentscheidungen Menschen- und Arbeitsrechte, Klima- und Umweltschutz sowie Steuerzahlungen und Korruption kritisch berücksichtigen.

Die Ergebnisse sind wenig überraschend: während die Alternativ- und Kirchenbanken aufgrund ihrer Geschäftsmodelle Vorreiter in Sachen nachhaltige Finanzierungen und Investitionen sind, erreichen die großen deutschen Bankinstitute nicht einmal die Hälfte der Punkte. Unter den konventionellen Großbanken liegt die Commerzbank vorne – sie hat zum Teil Kohlefinanzierungen ausgeschlossen und berücksichtigt soziale und ökologische Aspekte bei Geschäften in Sektoren wie Bergbau und Rüstung. Weit abgeschlagen sind dagegen die öffentliche Landesbank Baden-Württemberg mit ihren angeschlossenen Sparkassen sowie die Deutsche Bank-Tochter Postbank. Beide Banken sind sehr zurückhaltend mit Informationen zu ihren Prüfprozessen, sodass unklar ist wie die Banken sicherstellen, dass ihre Geschäftspartner Menschenrechte, Umweltschutz und Korruptionsvermeidung ernst nehmen.

Unter fairfinanceguide.de können Bankkunden nun überprüfen, wie ihre Bank in Sachen Nachhaltigkeit abschneidet. Ein wichtiger Schritt, da auch das Geld der Kunden für die Finanzierung von umstrittenen Unternehmen eingesetzt werden kann. Zusätzlich geben wir Bankkunden die Möglichkeit, sich direkt an ihre Bank zu wenden, falls sie unzufrieden mit deren Ergebnis sind. Doch unabhängig davon, ob Banken gute Richtlinien zum Thema Nachhaltigkeit haben – häufig werden diese nicht ausreichend bei Finanzierungen und Investitionen in die Praxis umgesetzt. Das beobachten wir immer wieder in unserer Berichtsreihe „Dirty Profits“, in der auch häufig deutsche Unternehmen auftauchen. Während beispielsweise Rheinmetall (Dirty Profits 4, 2016) dafür kritisiert



Ergebnisse des Fair Finance Guide.

wird, Waffen an Länder zu liefern, welche für Menschenrechtsverletzungen bekannt sind, steht Bayer (Dirty Profits 5, 2017) in der Kritik aufgrund der negativen Auswirkungen seiner Pestizide auf Mensch und Umwelt. Und obwohl die Deutsche Bank, die Commerzbank, die DZ Bank, die LBBW sowie die UniCredit sich dazu verpflichten, Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umweltschutz bei Finanzierungen und Investitionen zu gewährleisten, haben sie Finanzbeziehungen zu diesen Unternehmen. Dies zeigt deutlich, dass Banken nach wie vor in Unternehmen investieren, die ihren eigenen Standards sowie international anerkannten Standards zu Menschenrechten und Umweltschutz widersprechen. Doch es gibt auch positive Entwicklungen: Insbesondere im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen gewinnt die internationale Divestment-Kampagne an Boden. Laut der Initiative Go Fossil Free haben weltweit bereits 690 Institutionen mit einem geschätzten Vermögen von 5,4 Billionen US-Dollar einen vollständigen oder teilweisen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen Kohle, Öl und Gas angekündigt. Dagegen werden altbekannte Themen wie Menschenrechte, Umweltschutz, Steuerumgehung oder auch die Produktion von Waffen nach wie vor unzureichend von Unternehmen und deren Finanzdienstleistern berücksichtigt. Hier liegt noch ein weiter Weg vor uns.

■ Sarah Guhr, Facing Finance, Projektkoordinatorin für den Fair Finance Guide. Facing Finance engagiert sich für Menschenrechte und die Umwelt

Deutsche Banken im sozial-ökologischen Vergleich:
www.fairfinanceguide.de

Entwicklungspolitik mit Nadel und Faden

Mit Witz und Fantasie lassen sich neue Zielgruppen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit erreichen

Entwicklungspolitische Bildung möchte möglichst viele Menschen für globale Themen sensibilisieren und zu alternativem Handeln anregen. In der Praxis erleben entwicklungspolitisch Engagierte jedoch manches Mal, dass die eigene Bildungsarbeit zwar bereits Interessierte anspricht, aber neue Zielgruppen kaum erreicht.

Nicht alle Menschen möchten auf dieselbe Weise oder an den gleichen Orten angesprochen werden. Daher sind neue Bildungsformate und Methoden nötig, um bisher unerreichte Zielgruppen zu erschließen. Der von finep (forum für internationale entwicklung + planung) entwickelte Bildungsansatz des „Casual Learning for Sustainability“ richtet sich an Menschen, die übliche entwicklungspolitische Formate wie Veranstaltungen, Mitmachaktionen, Flyer und Broschüren nicht in Anspruch nehmen.

Was bedeutet Casual Learning? Hier eine Übersicht:

- Neue Bildungsorte entdecken: Casual Learning zielt auf informelles Lernen in Alltagssituationen ab. Wir alle nehmen im Alltag permanent eine Fülle von Informationen auf und lernen dabei gewissermaßen ganz nebenbei – eben casual. Mit dem Casual Learning Ansatz sprechen wir Menschen dort an, wo sie sich ohnehin aufhalten und Zeit mitbringen. Casual Learning trägt unsere Botschaften direkt zur Zielgruppe. Weshalb also nicht einmal entwicklungspolitische Bildung in



Casual Learning: Mobiles Murnelspiel und entwicklungspolitisches Nähset.

einem Waschsalon platzieren? Oder auf einem Wanderrastplatz, im Hotel, Stadtpark, Fitnessstudio, in einem Restaurant oder auf einem Dorffest?

- Ungewöhnliche und interaktive Formate entwickeln: Um gegen die Flut anderer Informationen zu bestehen, sollte entwicklungspolitische Bildung mit Casual Learning in Alltagssituationen neugierig machen, etwa durch versteckte Inhalte, Rätsel oder spielerische Elemente. Ebenso kann das verwendete Informationsmedium Neugier erwecken. Wir testeten beispielsweise bereits erfolgreich entwicklungspolitische Bildungsinhalte in Bildschirmschonern, auf Eiskratzern, auf Bierdeckeln, auf Servietten, auf Sitzhockern, auf Getränkeflaschen, auf Kofferanhängern, in Kunstinstallationen und anderem mehr.

- Die passende Botschaft finden: Um die Aufmerksamkeit der Zielgruppe zu erreichen, müssen nicht nur die Formate, sondern auch die Inhalte auf die Situation abgestimmt sein. Nützliche Materialien mit kurzen Botschaften und direktem Bezug zur Situation bleiben im Gedächtnis. So bietet sich beispielsweise das Thema Ernährungssicherheit im Restaurant an, das Thema Biodiversität jedoch besser im Stadtpark.

Zwei Beispiele für Casual Learning aus den Projekten von finep:

Entwicklungspolitische Nähsets in Hotels: Unsere Reisenähsets werden auf Hotelzimmern ausgelegt. Sie machen die Gäste auf die globale Wertschöpfungskette ihrer Kleidung aufmerksam und motivieren zu einem bewussten Umgang mit Textilien. Das Nähset fordert dazu auf, selbst aktiv zu werden und die Kleidung zu reparieren.

Entwicklungspolitisches Murnelspiel für Feste und Märkte: Ein symbolischer Müllberg, der durch eine Murmel erklimmt und wieder abgestiegen wird, weist auf die Millionen Tonnen Lebensmittel hin, die jährlich in Deutschland im Müll landen. Die Holztafel gibt außerdem Hinweise, wie dieser Müllberg entsteht, und Tipps, was im Alltag zur Reduzierung getan werden kann. Durch die Verbindung aus Spiel und Information stellt das Murnelspiel ein abwechslungsreiches Bildungsangebot dar. Es kann bei finep kostenfrei für Veranstaltungen ausgeliehen werden.

■ Eva Herrmann, Kai Diederich, finep, www.finep.org

Experimentieren Sie mit:

Inspirationen für Aktionen aller Art gibt die Homepage „Labor Entwicklungspolitik“: www.labor-entwicklungspolitik.de

Zwischen Bangen und Hoffen

Vor allem in Baden-Württemberg warten viele Asylsuchende aus Gambia auf ihre Anhörung. Derweil ist unklar, wie sich die Lage in ihrer Heimat entwickeln wird

Die Nerven liegen blank. Im Tagungssaal herrscht nervöse Unruhe. Wohin steuert Gambia? Unklar ist am Morgen dieses geschichtsträchtigen 21. Januars, wie sich die politische Lage im Land entwickeln wird, undurchsichtig die rechtlichen Möglichkeiten, die Flüchtlinge aus Gambia nutzen können, um in Deutschland bleiben zu dürfen. Sabine Bark* ist mit zwei Asylsuchenden nach Stuttgart gekommen, um auf dem „Fachtag Gambia“ des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg mehr über die Bleibechancen der Gambier zu erfahren. Mit anderen Ehrenamtlichen tauscht sie sich über Dublin-Verfahren, Ausbildungsanerkennung und Bleibeperspektiven aus. „Sie haben so ein schönes Lächeln, Sie erinnern mich an Monika Bleibtreu“, sagt eine Ehrenamtliche. Doch das Lächeln fällt Sabine im Laufe des Tages immer schwerer. Zu perspektivlos erscheint die Situation der Flüchtlinge in Deutschland, zu kompliziert ist die Rechtslage im Asylverfahren. Und über allem schwebt die drohende Abschiebung.

Im nahen Umfeld von Heidelberg betreut die 53-Jährige gemeinsam mit anderen Ehrenamtlichen 75 Asylsuchende aus drei Ländern, davon 18 aus Gambia. Im Bundesgebiet waren im Dezember 15.658 Gambier registriert. Die meisten von ihnen, rund 11.900, leben in Baden-Württemberg, denn hier hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAMF, seine Gambia-Experten zusammengezogen. Verschleppung, Folter, Einschüchterung und willkürliche Verhaftungen sind laut der Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" in Gambia an der Tagesordnung. „Seit 22 Jahren herrscht Diktator Yahya Jammeh in Gambia. Die jungen Männer erzählen schreckliche Dinge“, sagt auch Sabine.

„Ich vergrabe euch neun Fuß unter der Erde – das prophezeite Jammeh dem Volksstamm der Mandinka, die rund die Hälfte der Bevölkerung ausmachen!“ Der 19jährige Jomino* erzählt aufgeregt aus seiner Vergangenheit. Er ging in Gambia auf die Straße, um gegen Jammeh zu protestieren. Aus Angst vor Verfolgung verließ er das Land und machte sich auf den Weg nach Europa. Heute wohnt er als Asylsuchender bei Heidelberg in einer Containerunterkunft. Auch Bondie* lebt hier in einem Drei-Bett-Zimmer. Es ist laut, der Bass von nebenan hämmert durch

den winzigen Raum, der durch einen Vorhang in einen Schlaf- und einen Wohnbereich unterteilt ist. In letzterem wird auf rund fünf Quadratmetern gegessen, gelernt und mit Freunden und Helfern gesprochen. Tageslicht gibt es nicht. Aber alles ist besser, als in Gambia zu bleiben. Bon-



Kein Foto erlaubt. Die Angst vor Verfolgung ist selbst in Deutschland groß: Sabine Bark* mit einem Mann aus Gambia.

die arbeitete dort als Maler. Vor allem war er jedoch in der falschen Partei. Als Mitglied der oppositionellen UDP engagierte er sich in deren Jugendorganisation. So lange, bis die Polizei ihn auf die Wache brachte, dort zwei Tage festhielt und schließlich dem Geheimdienst übergab, der ihn drei Monate wegspernte und anschließend in das berüchtigte Gefängnis „Mile 2“ brachte. Zwei Jahre verbrachte er in dem für Misshandlungen bekannten Zentralgefängnis. Über das dort Erlebte spricht er nicht. Mittels einer Kautions kam er frei – und flüchtete aus dem Land. Kurz darauf wurde sein Vater inhaftiert. „Die Deutschen sehen die politische Situation in Gambia nicht. Sie sehen nur die ökonomische Situation. Deshalb entscheiden sie schlecht für Asylsuchende“, klagt ein weiterer Mitbewohner der Containersiedlung. Tatsächlich wurden im Jahr 2016 insgesamt 5.787 Asylanträge von Antragstellern aus Gambia gestellt und 1.131 Entscheidungen getroffen. Davon entschied das Bundesministerium 6,5 Prozent positiv. Das bedeutet, dass von über 1100 Antragstellern nur 74 Menschen in Deutschland bleiben durften.

„Bei der Anhörung muss man seine Fluchtgründe verständlich und ausführlich schildern. Wer nicht gut erzählen kann, tut sich damit sehr schwer“, so Sabine. Oft würden grausame Erlebnisse lapidar mit „es gab Probleme“ umschrieben. Doch damit verspielen die Asylsuchenden ihre Chance auf Anerkennung. Sabine lässt sich

die Gründe der Flucht deshalb erzählen, denn was an Schmerzlichem einmal ausgesprochen wurde, kann auch ein zweites Mal gesagt werden. Sie tröstet, klärt scheinbare Unstimmigkeiten, versucht den Zugang zu Anwälten zu ermöglichen.

Anfang Februar ist Sabine erschöpft „Von 27 Anhörungen wurde eine positiv entschieden, neun Geflüchtete wurden abgelehnt.“ Nach monatelangem Warten folgt nun ein Interview auf das nächste. Und die Erfolgsaussichten für Gambier sind gesunken. Denn was am Morgen der Stuttgarter Tagung noch ungewiss war, wurde am Abend zur Gewissheit: Diktator Jammeh, der sich nach



Unterkunft von Asylsuchenden in Containern in der Nähe von Heidelberg.

seiner Wahlniederlage am 1. Dezember weigerte, sein Amt zu räumen, verließ auf Druck der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS am Abend des 21. Januar 2017 das Land und flog von der Hauptstadt Banjul nach Äquatorialguinea. Damit konnte Adama Barrow, der nach seiner Wahl in den Senegal flüchtete und dort seinen Amtseid ablegte, die Präsidentschaft antreten.

„Ich glaube nicht, dass Gambia unter Barrow sicher sein wird“, erklärte ein Gambier in Stuttgart. Barrow habe seine Vereidigung als Präsident im besten Hotel des Senegals prachtvoll gefeiert, obwohl das Land bettelarm sei. Auch seien die Anhänger Jammehs noch vor Ort. Andere Asylsuchende gaben dagegen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass Gambia in baldiger Zukunft erblühen werde. „Manchmal sind die Leute zu euphorisch, wenn sich eine Situation verändert. Man kann nicht davon ausgehen, dass sich immer alles zum Besseren entwickelt. Die alten Chargen sind noch im Land und Barrow ist ein unbeschriebenes Blatt. Es ist momentan schwierig, etwas Genaues zu sagen“, sagt der Afrika-Experte Professor Dr. Matthias Basedau vom German Institute of Global and Area Studies in Hamburg.

Auch Wolfgang Roth von Amnesty International wagt keine Prognose: „Derzeit wissen wir wenig über die konkreten Pläne des neuen Präsidenten. Einerseits sind die allermeisten Polizisten und Soldaten in ihren Positionen geblieben. Andererseits haben u. a. Armee und Polizei

den Machtwechsel möglich gemacht, da sie die Unterstützung für den Ex-Präsidenten Jammeh aufgekündigt haben. Fast alle politischen Häftlinge wurden auf freien Fuß gesetzt. Wir hoffen also, dass die politischen Freiheiten in Gambia nach langen Jahren der Diktatur wiederhergestellt werden. Aber, wie gesagt – im Moment ist die Situation noch undeutlich“.

Wie wird das Bundesamt nun agieren? „Unsere Entscheider ziehen bei ihrer Entscheidung Herkunftsländer-Leitsätze zurate. Diese werden regelmäßig überarbeitet und immer den aktuellen Gegebenheiten im Herkunftsland angepasst“, antwortet das BAMF, ohne konkret zu werden.

Gambia



Gambia liegt an der Westküste Afrikas und ist der kleinste Staat auf dem Festland. Die 1,8 Millionen Einwohner gehören überwiegend dem muslimischen Glauben an. Die Lebenserwartung liegt bei 55 Jahren. Wichtigste Einnahmequelle ist die Landwirtschaft. Gambia ist eines der ärmsten Länder der Welt. Durch einen Staatsputsch kam Yahya Jammeh 1994 als Staatspräsident an die Macht. Ab 2014 häuften sich Berichte über Menschenrechtsverletzungen. EU und USA froren daraufhin Förderprogramme für Gambia ein. 2015 erklärte Jammeh Gambia zur Islamischen Republik. Am 1. Dezember 2016 wurde Adama Barrow zum Staatsoberhaupt gewählt.



King Fahad Moschee in Banjul

Wie die Entscheidungen auch fallen mögen, Rechtsanwalt Manfred Weidmann verweist in Stuttgart darauf, dass Abschiebungen aus formalen Gründen oftmals nicht möglich sind. Tatsächlich konnten im Jahr 2016 in Baden-Württemberg laut Thomas Strobl, Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, 50 Prozent der Abschiebungen nicht durchgeführt werden, weil „beispielsweise ausreisepflichtige Ausländer nicht angetroffen wurden, Reisedokumente fehlten, gesundheitliche Gründe einer Abschiebung entgegenstanden oder die Härtefallkommission mit dem Fall befasst wurde.“

Doch nicht nur vor Abschiebungen in die Heimat fürchten sich die Asylsuchenden im Heidelberger Camp. Viele sind über Italien eingereist und haben dort ihre Fingerabdrücke registrieren lassen. In diesen Fällen greift das Dublin-Abkommen: Die Männer werden voraussichtlich nach Italien abgeschoben werden. „Die Situation in Italien ist für die Jungs verheerend. Es gibt keine Unterkünfte, keine Arbeit, keine Unterstützung. Sie müssen auf der Straße schlafen. Hier haben sie Deutsch gelernt, haben Arbeit oder eine Ausbildung in Aussicht und nun sollen sie nach Italien!“, sagt Sabine. Nicht einmal Geld könne man ihnen mitgeben – die deutschen Behörden nehmen ihnen das Bargeld ab. Die Angst geht um im Camp. Die Polizei kommt nachts oder am frühen Morgen, um Leute abzuschicken. Hoffnung auf eine großzügigere Auslegung des Asylrechts macht sich hier niemand. Im Gegenteil. Innenminister Strobl kündigte am 13. Januar 2017 an: „In Baden-Württemberg gibt es eine neue Konsequenz bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht.“

So beschäftigt sich Sabine mit ganz praktischen Dingen: In welche Städte Italiens werden Gambier abgeschoben? Wie kommen sie dort an Geld? Wie können sie ein Dach über dem Kopf finden? Es sind viele Fragen, die Sabine und andere Ehrenamtliche zu klären versuchen. Derweil steigt die Zahl derer, die Deutschland verlassen müssen.

■ Susanne Schnell, Redaktion Südzeit

*Alle Namen wurden zum Schutz der Asylsuchenden verändert.

Gut vorbereitet zur Anhörung

Tipps rund um die Anhörung beim BAMF finden sich auf folgenden Web-Seiten:

Fragenkatalog zur Anhörung beim BAMF:
www.nksnet.org/die-anhoerung-im-bamf

Informationen für die Zeit vor, während und nach der Anhörung: www.nds-fluerat.org/leitfaden

Eine Broschüre mit Kontaktadressen (Rechtsanwälte, Beratungsstellen etc.) bietet der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg an. Auf seiner Website gibt es aktuelle Informationen sowie Informationsmaterial zum Thema Asyl:
www.fluechtlingsrat-bw.de

Abschiebungen nach Afghanistan

Zwölf Jahre lang gab es keinen größeren Abschiebeflug nach Afghanistan. Am 14. Dezember 2016 fand nun eine erste Sammelabschiebung vom Flughafen Frankfurt statt. Die zweite Sammelabschiebung erfolgte am 23. Januar 2017.

Mehrere Bundesländer äußerten Bedenken, abgelehnte Asylbewerber aus Afghanistan in ihr Heimatland abzuschicken. Zu ihnen zählen Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan in den letzten Monaten drastisch verschlechtert. Bei Kämpfen zwischen Regierungstruppen und radikal-islamischen Milizen wie den Taliban seien im vergangenen Jahr 3.500 Menschen getötet und mehr als 7.900 verletzt worden. Zudem sei, so die UN, ein Erstarken der Terrororganisation Islamischer Staat zu verzeichnen. Dennoch hält die Bundesregierung an Abschiebungen fest. Auch Baden-Württemberg beteiligt sich daran.

„Es ist mehr als bedauerlich, dass die grün-geführte Landesregierung von Baden-Württemberg den ideologisch motivierten Einschätzungen des Bundesinnenministeriums zur Sicherheitslage in Afghanistan gefolgt ist und nicht, wie beispielsweise die ebenfalls mit grüner Beteiligung regierten Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Thüringen weitergehende und nicht durch politische Interessen motivierte Erkenntnisse abgewartet hat“, kritisiert der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. Spätestens seit dem UNHCR-Bericht vom Dezember 2016 müsse die Landesregierung die durchgeführte Sammelabschiebung als Fehlentscheidung werten und daraus entsprechende Konsequenzen ziehen.

Doch Anfang Februar hat Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten einen 15-Punkte-Plan verabschiedet, der die Zahl der Abschiebungen deutlich erhöhen soll. Noch während des Asylverfahrens soll eine staatliche Rückkehrberatung durchgeführt werden, um freiwillige Rückreisen zu forcieren. Pro Asyl bewertet dies als brutale Entmutigungspolitik gegen Asylsuchende. „Die Betroffenen stehen unter Druck, lange bevor das Asylverfahren entschieden ist“. Die frühzeitige staatliche Rückkehrberatung direkt nach Ankunft soll, so Medienberichte, nur bei Menschen aus Staaten mit geringer Schutzquote gelten. Laut Pro Asyl hat das Programm „Starthilfe Plus“ der Bundesregierung jedoch Zielstaaten wie Syrien, Eritrea oder Afghanistan gelistet. Pro Asyl lehnt die Idee einer „de-facto-Zwangsrückkehrberatung“ strikt ab. sps

Termine

Ulm

11. März: Forum für Initiativen rund um nachhaltiges Leben. Auftaktveranstaltung von RENN.süd. Ort: Stadthaus Ulm.

Stuttgart

13. März: Drohende Schuldenkrisen im südlichen Afrika. Vortrag von Dr. Fanwell Bokosi. EMS-Tagungsstätte, Vogel-sangstraße 66A. k.rehbein@erlassjahr.de

Heidelberg

15. März: Bittere Trauben. Arbeitsbedingungen auf südafrikanischen Weinbergen. Information mit Filmausschnitten. Musikalische Begleitung. Ort: Chapel Raum, Römerstr. 117. www.effata.de

Tuttlingen

15. März: Die Welt Fair Bessern aber wie? Entwicklungspolitische Gesprächsreihe. Diskussion und Film zu den Themen Textilproduktion, Fluchtursachen, Gerechtigkeit. Start mit dem Thema Textilproduktion. Nächste Termine: 22. und 29. März. www.aktion-hoffnung.org

Ditzingen

Do, 16. März, 19.30 Uhr: Mit Geld die Welt Fairändern. Vortrag. Rathaus.

Baden-Baden

17. März: Aktionstag zum Treffen der G20-Finanzminister. Um 14 Uhr Kundgebung auf der Fieser Brücke, um 17 Uhr ökumenischer Gottesdienst in der Evangelischen Stadtkirche. www.erlassjahr.de

Heidelberg

17. März ab 19.30 Uhr: Hope Theatre Nairobi „Wir und die Anderen“. Revue mit Tanz, Schauspiel und Musik zum Thema Rassismus. Ort: Chapel Raum für Stadtkultur, Römerstr. 117. www.effata.de

Bad Boll

17. bis 18. März: Projektbegleitung – Monitoring, Evaluation und Finanzen. Seminar für kirchliche Partnerschaftsgruppen. Information und Anmeldung: jasmin.bergemann@brot-fuer-die-welt.

Besigheim

21. März, 19.30 Uhr: Tea Time! Süßes FAIRkosten. Paul-Gerhardt-Haus.

Waldenbuch

19. bis 24. März: 40 Jahre EineWelt Gruppe Waldenbuch. Jubiläumsprogramm: Gottesdienst, Film „Schmutzige Schokolade 2“, Musikgruppe Diversité. www.einewelt-gruppe-waldenbuch.de

Stuttgart

24. bis 26. März: Tagung zur Transformation zu einer gerechten Welt. Forum 3. info@transformationstagung.org

Heilbronn

29. März: 19.30 Uhr: Mit Geldanlagen die Welt FAIRändern. Deutschhof.

Schorndorf

5. April, 20 Uhr: Buen vivir und Oikocredit. Vortrag. Mühlbachhaus.

Bad Boll

7. bis 9. April: Defensa de la Madre Tierra. Spiritualität des Widerstands, www.ev-akademie-boll.de

Stuttgart

22. April: Welt:Bürger gefragt – Entwicklungspolitische Landeskongferenz 2017. Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung. Ort: Messe Stuttgart. www.ev-akademie-boll.de

Bad Boll

5. bis 6. Mai: Luthers Blick auf den Islam. Ort: Evangelische Akademie Bad Boll. www.ev-akademie-boll.de

Ulm

12. Mai ab 9 Uhr: Schülerkongress „Global Eyes - Augen auf für eine zukunftsfähige Welt“. Haus der Begegnung. www.deab.de

Bundesweit

13. Mai: Weltladentag „Mensch.Macht. Handel. Fair.“

Weingarten

18. bis 20. Mai: Digitalisierung und globale Verantwortung. Entwicklungszusammenarbeit im 21.Jahrhundert. Seminar. Information: www.akademie-rs.de

Baden-Württemberg

18. bis 21. Mai: Landesweite Nachhaltigkeitstage an vielen Orten in Baden-Württemberg. www.n-netzwerk.de

Stuttgart

20. Mai: Mitgliederversammlung des DEAB. www.deab.de

Friedrichshafen

20. bis 21. Mai: Afrika-Tage mit Musik, Tanz, Vorlesungen, Kulinarik, Bazar. www.weltladen-fn.de/termine

Stuttgart

21. Mai: Interkultureller Frühstückstreff brunch global. Kulinarik, Kultur, Museumsführung. Landesmuseum Württemberg. www.forum-der-kulturen.de

Bad Hersfeld

16. bis 17. Juni: Weltladen-Fachtage



Africa Festival

Würzburg: 25. bis 28. Mai 2017
Internationales Africa Festival

Künstler aus dem afrikanischen Kontinent, Basar mit Kunsthandwerk, afrikanische Speisen und vielerlei Informationen.
www.africafestival.org



17 Ziele an 17 Orten

Stuttgart: 20. bis 23. April 2017
Messe Fair Handeln

Veranstaltungsreihe zu je einem der 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, SDGs, an 17 unterschiedlichen Orten. Die EineWelt-Promotoren stellen die Themen der von den Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030 in den Mittelpunkt.

Die Auftaktveranstaltung findet statt auf der Messe Fair Handeln im April 2017, das Finale auf der Bundesgartenschau im April 2019.

17 Ziele an 17 Orten

Stuttgart: 11. Mai 2017
Ziel 17 der Agenda 2030

Diskussion: „Wer kann das bezahlen, wer hat so viel Geld?“ Wie kann die Agenda 2030 finanziert werden? Der Diskussionsabend nimmt das Ziel 17 und die Leitfrage der Finanzierung genauer in den Blick.

Ort: BW-Bank, Kleiner Schlossplatz.
Anmeldung: saalbach@sez.de

Aktuelles



Demonstration: Wir haben Agrarindustrie satt

In Berlin fand Mitte Januar die Großdemonstration statt: „Wir haben Agrarindustrie satt“. Der Protest richtete sich gegen die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft, gegen Tierfabriken und Gentechnik. „Wir brauchen die vielfältige bäuerliche und züchterische Arbeit mit alten und neuen Sorten als Antwort auf den Klimawandel und als Ergänzung zu den züchterischen Anstrengungen der mittelständischen Saatgutfirmen“, sagte Stig Tanzmann, Brot für die Welt, im Hinblick auf den Zusammenschluss von Bayer und Monsanto. Derzeit planen auch ChemChina und

Syngenta sowie Dow und Du Pont, sich zusammen zu schließen. Die drei Großkonzerne kontrollierten dann weltweit 60 Prozent des Saatgut- und 70 Prozent des Pestizidmarkts. Ihr Einfluss auf die Welternährungspolitik wäre enorm.

Staffellauf gegen Rüstung

Um auf Rüstungsexporte aufmerksam zu machen, findet vom 6. bis 16. Juni 2017 ein Staffellauf unter dem Motto „Frieden geht“ nach Berlin statt. Gestartet wird in Oberndorf mit einer Kundgebung vor dem Kleinwaffenhersteller Heckler & Koch. In Berlin soll eine Resolution im Wirtschaftsministerium bzw. Kanzleramt übergeben werden.



Staudamm im Omo-Tal

Ende Dezember wurde der umstrittene Staudamm „Gibe III“ mit chinesischer Beteiligung fertiggestellt. Er setzt dem Überschwemmungszyklus des Omo-

Flusses ein Ende, auf das 200.000 Indigene in Äthiopien angewiesen sind. Survival International befürchtet, dass der Wasserstand des Turkana-See in Kenia, der größte Wüstensee der Welt, dadurch sinken werde. Bereits bestehende Spannungen zwischen ethnischen Gruppen in Äthiopien, Kenia und Südsudan könnten zu einem bewaffneten Konflikt eskalieren. Hunger und Umweltzerstörung seien weitere Folgen, so Kritiker. Gebaut wurde der Damm vom Bauriesen Salini Impregilo. Zwei weitere Dämme sind geplant.

Philippinen: Morde und Folter

Tausende Tote im Krieg gegen die Drogen, eine durch Morde bedrohte Zivilgesellschaft und ein Klima fast absoluter Straffreiheit. Dieses düstere Bild der Menschenrechtslage auf den Philippinen zeichnet ein aktueller Bericht des Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP). Rodrigo Duterte, der im Mai 2016 zum Präsidenten der Philippinen gewählt wurde, forderte die Polizei auf, mit Waffen gegen Drogenhändler vorzugehen. Mit Beginn seiner Amtszeit stieg die Zahl der getöteten mutmaßlichen Drogendealer und -abhängiger massiv an. Auch Menschenrechtsverteidiger und Journalisten leben auf den Philippinen gefährlich. Der Bericht dokumentiert 170 Morde in den letzten vier Jahren.

Ernährung sichern.

Mit Ihrer Geldanlage. Ab 200 €.



Oikocredit investiert Ihr Geld dort, wo wirklich Bedarf besteht – zum Beispiel in Fairhandelsgenossenschaften. Ob für Saatgut, Bewässerungsanlagen, Traktoren oder Lagerhallen. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern brauchen dringend Kapital für Investitionen.

Investieren auch Sie!

Tel. 0711 12 00 05-0
www.oikocredit.de



MenschenWürdiges Gedenken

Grabmale aus verantwortlicher Herstellung

Viele Grabsteine kommen aus Ländern, in denen Kinder- und Sklavenarbeit nicht auszuschließen sind. Deshalb: Fragen Sie Ihren Steinmetz, woher der Stein stammt. Verlangen Sie einen Nachweis, dass er unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt wurde. Oder entscheiden Sie sich bewusst für einen heimischen Naturstein. Damit achten Sie die Würde der Menschen, die ihn hergestellt haben. Und Sie bewahren für Ihren verstorbenen Angehörigen ein würdiges Gedenken.

www.mehr-recht-als-billig.de



Bildquellen

Titelfoto: Mike Auerbach/Oxfam; S. 3: Oikocredit, Oikocredit Mikrofinanzpartner ASKI; S.4,5,6: privat; S.7, oben: Dirk Ostermeier; S.8: Sanne Poot; S.9: PAX Niederlande; S.11, von oben nach unten: © AVTG – Fotolia.com, © sebra – Fotolia.com (re.), © Gina Sanders – Fotolia.com (li.), privat; S.13, 14: FEMNET; S.15: Inkota-Netzwerk, anzuglich; S.17: Barbara Mrzkova, C. Albuschkat (re.); S.18,19: Herstellerfotos; S.20,21: erlassjahr.de; S.23: finep; S.24: privat; S.25: privat (li.), de-wiki / Author: de-user Domenico-de-ga (Graphik), © homocosmos – Fotolia.com; S.27: Phil Sharp; S.28: Hermann Bredehorst/Brot für die Welt (li.); Survival International; S.29: privat; S.30: TransFair/ Joerg Boethling; S.31,32: privat. Graphik: Heike Scharm, Scharmant Design

Afrikas Filmwirtschaft

Die afrikanische Filmwirtschaft zählt zu den am schnellsten wachsenden Wirtschaftssektoren Afrikas. Das nigerianische „Nollywood“ erzielte im Jahr 2016 ein Einspielergebnis von 600 Millionen US-Dollar. Nun plant das Bundesentwicklungsministerium mit der Initiative „Zukunft.Markt.Film“, die afrikanische Film- und Medienwirtschaft zu fördern.

Mittelstandspreis

Unternehmen, die einen Beitrag zur „Corporate Social Responsibility“ leisten, indem sie mit einer Organisation, z. B. einem Verein, kooperieren, können sich bis 31. März für den Mittelstandspreis für soziale Verantwortung bewerben. www.mittelstandspreis-bw.de.

Stuttgart: Filmpreis vergeben

Anfang Dezember wurde in Stuttgart der Entwicklungspolitische Filmpreis verliehen. In der Kategorie Kurzfilm gewann der Film „Tagiir“ von Zoe Steingäß, in der Kategorie Dokumentarfilm konnte Nora Johanna Brockamp mit „Zwischen den Fronten“ überzeugen. Der Filmpreis will junge Filmschaffende dazu ermuntern, sich mit Fragen der Entwicklungspolitik zu beschäftigen. Vergeben wird er vom Filmbüro Baden-Württemberg, gemeinsam mit dem Dachverband Entwick-



Filmpreisvergabe in Stuttgart.

lungspolitik e.V., dem Ev. Zentrum für Entwicklungsbezogene Filmarbeit und Engagement Global. Der Film „Tagiir“, beschäftigt sich mit der Annäherung der Lebenswelten von jungen Flüchtlingen und in Deutschland aufgewachsenen Menschen. „Zwischen den Fronten“ erzählt mit den Stilmitteln der Animation eine berührende Fluchtgeschichte.

Blabla für die Eine Welt

Globales Lernen ist spritzig, witzig, cool. Und die Eine Welt ist es wert, sich für sie einzusetzen: www.eineweltblabla.de

Feiern rund um Globales Lernen

Einen Grund zum Feiern hat der Arbeitskreis Eine Welt Reutlingen e. V. (AK1W): Er wird 50 Jahre alt. Das Entwicklungspädagogische Informationszentrum (EPiZ) arbeitet unter

seinem Dach seit 40 Jahren im Sinne der Entwicklungspädagogik und des Globalen Lernens. Die Fachstelle Globales Lernen feiert ihr 5-jähriges Bestehen.

Handbuch zu Rassismus

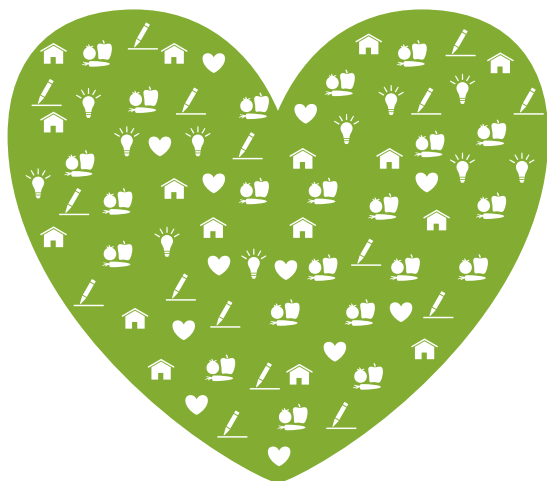
Wie und mit welchen Strukturen kann ein Bündnis gegen Rechtsextremismus gegründet werden, wie kann es erfolgreich agieren? Anleitung und Tipps: „Handbuch für lokale Bündnisse gegen Rassismus“. www.lago-bw.de

Suffizienz-Broschüre

„Ein gutes Leben für alle!“ Die Broschüre vermittelt, was Suffizienz bedeutet und wie sie im Alltag umgesetzt werden kann. Mit Tipps zur kommunalen Umsetzung und einem Argumentarium, das hilft, kritische Fragen klug zu beantworten. www.bund-bawue.de/gutes-leben

Zeich(n)en von Hoffnung

Die Ausstellung zeigt von geflüchteten Kindern gemalte Bilder. Auf den Plakaten erläutern sie die Bedeutung ihrer Zeichnungen sowie die Gründe ihrer Flucht. Referenten zu den Themen Syrienkonflikt sowie Trauma werden auf Wunsch vermittelt. Die Ausstellung kann kostenlos ausgeliehen werden: www.vision-hope.org



I like my Girokonto

Wie muss eine Bank sein, damit man sie liken kann? Konsequent grün, fair und transparent! Das ist die erste sozial-ökologische Bank.

www.gls.de

GLS Bank
das macht Sinn

Fairer Handel

Muster-Weltladen

So schön kann nur ein Weltladen sein: Auf der Stuttgarter Messe Fair Handeln präsentiert sich in diesem Jahr wieder der Muster-Weltladen. Seine Besucherinnen und Besucher finden hier die neuesten Produkte aus Fairem Handel, darüber hinaus können sie das aktuelle Raumdesign eines Weltladens bewundern. Der Muster-Weltladen steht stellvertretend für die Weltläden im Land und stellt unter Beweis, wie ansprechend fair gehandelte Waren sind. Wer Lust bekommen hat, einen Weltladen ganz in seiner Nähe zu besuchen, findet am Stand (Welt:Marktplatz, Halle 5 F 63) eine Broschüre mit Adressen von Weltläden. Weltladen-Mitarbeitende, die Lust haben, auf dem Messestand auszuhelfen, können sich melden bei: info@weltladen-planie-stuttgart.de



Jubiläen: Wir gratulieren

Mit einem Zukunftskongress begeht TransFair e.V. sein 25-jähriges Bestehen. Es wird darüber hinaus zahlreiche Aktionen geben wie beispielsweise die Fairtrade-Rosenaktion, den World-Fairtrade Challenge oder den Coffee Fairday. Der Weltladen Ludwigsburg feiert in diesem Jahr sein 40-jähriges Bestehen mit einem bunten Programm. Der Effata Weltladen begeht seinen 20. Geburtstag u. a. mit zwei Veranstaltungen im Rahmen der Wochen gegen Rassismus.

Faire Kampagnen

In zahlreichen Kampagnen machten sich im vergangenen Jahr viele Akteure stark für den Fairen Handel: Derzeit gibt es 453 Fairtrade-Towns, 316 Fairtrade-Schools, neun Fairtrade-Universities. In diesem Jahr wird es die ersten Schülerakademien in Karlsruhe (16. März) und Saarbrücken (18. Oktober) geben, in denen junge Menschen Instrumente vermittelt bekommen, um die Inhalte des Fairen Handels in ihrem Umfeld weiter zu tragen.

Der Faire Handel ist erfolgreich

Ergebnisse einer aktuellen Gesellschaftsstudie zeigen, dass der Faire Handel die deutsche Gesellschaft in den vergangenen 15 Jahren nachweisbar verändert hat. Immer mehr Verbraucher kaufen fair gehandelte Waren, auf politischer Ebene wird die Faire Beschaffung diskutiert, in der Wirtschaft hat der Faire Handel im Rahmen der Unternehmensverantwortung und des Rohstoffbezugs an Bedeutung gewonnen. Als größter Erfolgsfaktor des Fairen Handels bezeichnet die Studie das Konzept selbst, denn der Faire Handel mache komplexe globale Problemzusammenhänge verständlich. Auftraggeber waren TransFair, Engagement Global, Brot für die Welt, Forum Fairer Handel und MISEREOR.

Reisen

Persien

5. bis 19. April und 7. bis 21. Oktober 2017
Von Kyros zum Atomabkommen. Von der Wüste zum Kaspischen Meer. Eine kulturelle, historische, theologische und politische Reise. Reisepreis: 2 860 Euro.

Kontakt und ausführlicher Reiseplan:
Helmut und Ilse Falkenstörfer,
Tel: 0 71 81-64 3 99
ihd.falkenstoerfer@t-online.de

Ruanda-Uganda

10. bis 26. Mai 2017
Projekt- und Begegnungsreise, unterwegs auf Ugandas Seen. Ruandas Geschichte, Naturreichtum, Viktoriasee, Projektbesuch und mehr. Kosten: 2.190 Euro.

Sambia

14. August bis 29. August 2017
Projekt- und Begegnungsreise mit Abstechern nach Simbabwe und Botswana. Menschen, Tiere und die Spuren von Dr. David Livingstone. Reisepreis: 2490 Euro

Ecuador

Juli/August 2017
16-tägige Reise mit Option auf Verlängerungswoche an der Küste. Ungebändigte Natur inmitten des tropischen Regenwalds des Amazonasgebiets. Reisepreis voraussichtlich: 2.550 Euro inkl. Flug.

Kontakt: Gertrud Schweizer-Ehrler,
Tel: 76 33-8 21 50, www.tugende.org

Südafrika

25. Oktober bis 7. November 2017,
Von Kapstadt entlang der Garden Route. Begleitung: Simone Knapp, KASA,
Tel: 0 62 21-4 33 36 12, Preis: 2.995 Euro
Anmeldung bis 25. Juli bei: ReiseMission,
www.reisemission-leipzig.de

Vorschau

Die nächste Ausgabe von Südzeit erscheint im Juni 2017.

Unser Schwerpunktthema:

„Flucht und ihre Gründe“

Warum flüchten Menschen aus ihrer Heimat? Wie agiert die Politik? Welche Alternativen wären denkbar?

Impressum

Herausgeber:

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) e.V.,
Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart
Tel: 07 11-66 48 73 60, info@deab.de
www.deab.de, www.suedzeit.de

Redaktion:

Ralf Häußler, Reinhard Hauff, Luzia Schuhmacher, Eugen Schütz, Uta Umpfenbach, Silke Wedemeier, Susanne Schnell, sps, verantwortlich.

Redaktionsadresse:

Redaktion Südzeit, Susanne Schnell,
Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart
Tel. 0 93 41-89 78 88, suedzeit@deab.de

Redaktionsschluss: 15. April 2017

Preis: Eine Ausgabe kostet 4 Euro.

Anzeigen-, Abo- und Finanzverwaltung: Uta Umpfenbach,
Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart
Tel: 07 11-25 39 40 25,
Mail: u.umpfenbach@deab.de

Konto für Abos und Spenden:

DEAB e.V./ Südzeit, GLS-Bank,
IBAN DE15 4306 0967 0075 5489 01

Layout: Scharmant Design,

Heike Scharm, www.scharmant.de
Druck: Hinckel-Druck GmbH, Wertheim. Versand: Caritas-Neckartalwerkstätten, Stuttgart-Hedelfingen

Recyclingpapier, Blauer Engel.

Diese Südzeit wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst sowie von der Aktion Hoffnung der ako und der Evangelischen Landeskirche Württemberg.

Das war mein größter Coup

Die Stuttgarter Architektin musste Aleppo verlassen. Doch die Stadt lässt sie nicht los. Heute arbeitet sie an deren Wiederaufbau



Wie ist Ihnen zumute, wenn Sie heute Bilder von Aleppo sehen?

Ich bin zwiegespalten. Emotional ist es fürchterlich, wenn ich die Zerstörung sehe. Ich habe von 2007 bis April 2011 in Syrien gelebt. Als ich Aleppo verlassen musste, war für mich die Erkenntnis, dass ich vielleicht nie mehr zurückkehren kann, ein Schock. Davor war ich ab 2003 fast jährlich für Seminararbeiten oder meine Diplomarbeit in Syrien. Andererseits habe ich einen beruflich geprägten Blick auf Aleppo. Durch meine Arbeit beim Verein „Freunde der Altstadt von Aleppo“ reflektiere ich das Geschehen möglichst sachlich, pragmatisch, konstruktiv.

Zählen zu diesem Verein ausschließlich Architekten ?

Wir sind eine internationale Gruppe von Architekten, Künstlern, Historikern, Wirtschaftswissenschaftlern und anderen interessierten Menschen, die seit Jahren an der Stadt-

entwicklung von Aleppo arbeiten. Ziel des Vereins ist es, das kulturelle Erbe Aleppos zu bewahren. Wir dokumentieren heute, wie bereits in der Vergangenheit, die Stadtgeschichte, die Gebäude vor der Zerstörung und nun auch die Zerstörung.

Gemeinsam mit Institutionen und Museen, Planern und vielen anderen Akademikern entwerfen wir Szenarien. Wir überlegen, wie wir schon jetzt Strukturen aufbauen können, um die Bevölkerung zu unterstützen, wie Gebäude wieder instand gesetzt werden können. Es ist schwer auf den Frieden zu warten, bis man agieren kann.

Haben Sie auch private Kontakte zu Menschen aus dem arabischen Raum?

Ich bin Mitglied des Deutsch-Arabischen Kulturzirkels, der aus arabischen und deutschen Mitgliedern besteht. Wir widmen uns der Integration von Neubürgern und versuchen ihnen eine Starthilfe zu geben. Beispielsweise haben wir einen interkulturellen Stammtisch, bei dem Neubürger ihr Deutsch verbessern, die anderen ihr Englisch oder Arabisch auffrischen können. Es ist eine sehr spielerische, liebevolle Art des Willkommen heißen. Wir machen auch soziale Projekte und sind eine Brücke zwischen den Kulturen. Ich finde es sehr schön, Menschen aus beiden Kulturen kennenzulernen. Den Verein assoziiere ich mit ganz viel Menschlichkeit.

Woher kommt dieses Interesse an der arabischen Welt?

Mein sehr positives Verhältnis zur arabischen Welt hat sich erst im Laufe der Zeit entwickelt. Am An-

fang war ich während meiner Aufenthalte dort distanziert. Allerdings hat mich schon an meinem ersten Tag in Syrien diese unglaubliche Liebeshwürdigkeit der Menschen, dieser große Respekt gegenüber den Gästen begeistert.

Auch die multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung, die vielfältige Kultur aus allen möglichen Epochen, die unterschiedlichen Religionen, die Tatsache, dass das Christentum in der Region entstand – all dies hat mich stark fasziniert und innerlich befriedet.

Was war Ihr größter Coup?

Ich habe im Alter von zehn Jahren die Wende erlebt. Für mich als Kind der ehemaligen DDR war das ein ganz besonderer Moment. Plötzlich hat sich eine Tür geöffnet. Neue Möglichkeiten taten sich auf. Ich konnte das studieren, was ich studieren wollte und globale Themen so diskutieren, wie ich es dann getan habe. Ohne die Wende wäre mein Leben ganz anders verlaufen.

Franziska Laue, 37 Jahre alt, diplomierte Architektin mit einem Doppelmaster der Universität Stuttgart und der Ain Shams Universität in Kairo in integrierter Stadtentwicklung, lehrt an der Universität Stuttgart nachhaltige Stadtplanung und engagiert sich für den Wiederaufbau Aleppos.

In der Vergangenheit arbeitete sie zur Stadtentwicklung in Damaskus, Aleppo und Kairo. Darüber hinaus forschte sie zu informeller Stadtentwicklung in Burkina Faso, Bangladesch und der Türkei.



Gemeinsam ist es schöner

„Das war ein schöner Tag“, sagt Hammed glücklich. Am 1. Mai ist er zusammen mit Freunden aus Deutschland und anderen Ländern gewandert. Er hat gegrillt und dabei viel gelacht. Gemeinsame Erlebnisse mit Deutschen machen ihn froh.

Soziale Kontakte zur Bevölkerung sind Flüchtlingen besonders wichtig: Das zeigen erste Ergebnisse einer Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) und der Robert Bosch Stiftung. Nahezu alle befragten Flüchtlinge möchten arbeiten oder sich qualifizieren, so die Studie. Als belastend wird

die Trennung von Familienmitgliedern empfunden, die Ungewissheit über den Ausgang des Asylverfahrens sowie das Gefühl, Informationen über wichtige Anliegen nicht zu verstehen. Hier spielen Ehrenamtliche eine wichtige Rolle. „Der Wunsch der Asylsuchenden nach privaten Kontakten steht aber in einem gewissen Spannungsverhältnis zu der professionellen Distanz, die ehrenamtliche Helfer wahren müssen“, so der Sachverständigenrat. Sportvereine, Musikkapellen, Wandervereine sollten, laut Studie, ihre Pforten öffnen, um Integration zu erleichtern. Alle anderen Möglichkeiten für ein freundschaftliches Miteinander sind ebenfalls erwünscht. Dazu bietet sich bald eine schöne Gelegenheit: der 1. Mai lässt Freundschaften sprießen.



Ich möchte Südzeit abonnieren!

Schicken Sie eine Mail an u.umpfenbach@deab.de oder kreuzen Sie an:

- Normales Abo: Vier Ausgaben für 16 Euro im Jahr
- Unterstützer-Abo: Vier Ausgaben für 25 Euro im Jahr

Name

Straße / Hausnummer

PLZ / Wohnort

E-Mail / Telefon

X _____
Datum und Unterschrift



Bitte
ausreichend
frankieren,
danke!



Südzeit
im Osternest
— für nur
16 Euro im Jahr

Südzeit

Abo-Verwaltung
Uta Umpfenbach
DEAB
Vogelsangstr. 62
70197 Stuttgart

